



European Parliament
**FORMER MEMBERS
ASSOCIATION**

BULLETIN N°83

Juni 2023



FMA SECRETERIAT

ANTALL 02Q73
EUROPEAN PARLIAMENT
B-1047 BRUSSELS
TEL : +322.284.07.03 FAX : +332.284.09.89
E-MAIL : FORMERMEMBERS@EUROPARL.EUROPA.EU



INHALTSVERZEICHNIS

1

Botschaft des Präsidenten

2

Aktuelle Themen

3

Aktivitäten der VEM

A. Jährliches Treffen

B. Besuch unter EU-Ratspräsidentschaft

C. Zusammenarbeit mit EUI / HAEU

D. Netzwerk der ehemaligen Mitglieder

E. EP to Campus

F. Rückblick

4

Focus



Botschaft des Präsidenten

Sehr geehrte Mitglieder,

wie Sie wissen, nahm das Präsidium des Europäischen Parlaments am 17. April 2023 einen neuen Beschluss über die ehemaligen Mitglieder an, der am 1. Mai 2023 in Kraft getreten ist. Ehemalige Mitglieder müssen nun einen Antrag stellen, bevor sie die Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments betreten möchten, damit ihr Zugangsausweis aktiviert wird, der inzwischen deaktiviert worden ist. Ich habe Ihnen per E-Mail eine Mitteilung mit detaillierten Angaben zu dem neuen Verfahren übermittelt. Der Verein steht Ihnen weiterhin zur Seite und unterstützt Sie, sodass Sie nicht zögern sollten, sich an unser Sekretariat zu wenden, wenn Sie Probleme haben. Wir werden diesen Sachverhalt weiterhin sehr aufmerksam verfolgen und in einen zielführenden Dialog mit den zuständigen Stellen des Europäischen Parlaments und vor allem mit den Quästoren Fabienne Keller und Christoph Hansen treten, die für die Beziehungen zu unserem Verein zuständig sind.

Auf unserer Jahreshauptversammlung, die am 4. Mai 2023 stattfand, habe ich, nachdem Pier Antonio Panzeri sein Amt als Mitglied des Vorstands niedergelegt und aus dem VEM ausgetreten ist, verkündet, dass die Abstimmung über den vorgeschlagenen Ausschluss von Herrn Panzeri gegenstandslos geworden ist und abgesagt wurde.

Ich möchte allen meinen Kolleginnen und Kollegen danken, die an der Jahreshauptversammlung des VEM und an der Wahl des neuen Vorstands teilgenommen haben. Frau Godelieve Quisthoudt-Rowohl, dem neu gewählten Vorstandsmitglied, möchte ich zu Ihrer Wahl herzlich gratulieren. Im Namen des Vorstandes möchte ich Ihnen meinen Dank für das in uns gesetzte Vertrauen aussprechen. Außerdem möchte ich allen Mitgliedern, die per Videoschale oder im Saal anwesend waren, für ihre aktive Teilnahme und ihre wertvollen Beiträge im Plenum danken. Wir werden Ihnen auch weiterhin aufmerksam zuhören.

Der VEM hat sich stets für den politischen Dialog eingesetzt. So haben wir beispielsweise einen Besuch in Schweden anlässlich des schwedischen EU-Ratsvorsitzes organisiert, über den Sie in dieser Ausgabe einen Artikel finden können. Eine Delegation von 17 VEM-Mitgliedern nahm unter meiner Leitung an dem zweitägigen Programm teil, das mit Unterstützung des Verbindungsbüros des EP in Stockholm ausgearbeitet wurde. Wir danken den schwedischen VEM-Mitgliedern Hadar Cars und Charlotte Cederschiöld für ihre Teilnahme und ihre wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung des Besuchs. Vielen Dank auch an die anderen Mitglieder der Delegation, denn die Delegationsreise war sehr erfolgreich.

Unser Verein hat seine jährlichen Veranstaltungen am 3. und 4. Mai organisiert, die dank der illustren Redner und Gäste, aber auch dank der harten Arbeit unseres Sekretariats, das vom Vorstand unterstützt wurde, ein großer Erfolg war, wofür ich ihnen ganz besonders danken möchte. Darüber hinaus nahmen viele von Ihnen an unserer jährlichen Gedenkfeier für die verstorbenen ehemaligen Mitglieder teil, zu denen der allseits geachtete und geschätzte José-María Gil-Robles Gil-Delgado gehört, der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments und unseres Vereins. Wir können uns noch sehr gut an die folgenden Worte von ihm erinnern: „Inzwischen bin ich sehr, sehr alt, aber seit ich Ende der 1940er-Jahre begonnen habe, von einer Europäischen Union zu träumen, habe ich nichts Anderes getan, als mir vorzustellen, wie deren Zukunft sein könnte, und diese so gut wie möglich in die Tat umzusetzen.“ Wir haben sehr bewegende Botschaften erhalten, insbesondere von Familien verstorbener ehemaliger Abgeordneter.

Ich danke Ihnen auch für Ihre Teilnahme an dem Abendessen mit Diskussion, bei dem der für Wirtschaft zuständige Kommissar Paolo Gentiloni als Gastredner zu uns gesprochen hat. Seine Rede zum Thema „Jahre des Wandels: Europa nach der Pandemie und dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine“ wurde von allen sehr positiv aufgenommen und ermöglichte anschließend einen konstruktiven Meinungsaustausch. Die Aufzeichnungen und Fotos unserer Veranstaltungen sind auf unserer Website abrufbar.

Am 9. Mai haben wir den Europatag und den 73. Jahrestag der Schuman-Erklärung feierlich begangen. Die seitdem geleistete Arbeit ist bemerkenswert. In einer Zeit, in der die Europäische Union einen Krieg an ihrer Grenze erlebt, von dem sich einige unserer Mitgliedstaaten unmittelbar betroffen und bedroht fühlen, hoffe ich aufrichtig, dass die Europäische Union ihre Einheit weiter stärken und langfristig einen Frieden herbeiführen wird, wie es seinerzeit der Herzenswunsch von Robert Schuman gewesen ist.

Der Verein leistete einen Beitrag zu diesen Feierlichkeiten, und zwar unter anderem durch Initiativen, die im Rahmen unseres Programms „EP to Campus“ organisiert wurden.

Wir planen, weitere hochkarätige Veranstaltungen zu organisieren, darunter eine große Konferenz mit dem Titel „Kann die Europäische Union aus ihren Erfahrungen etwas lernen?“, die am 16. Juni dieses Jahres in Florenz stattfinden wird. Diese Veranstaltung ist ein Gemeinschaftsprojekt des VEM, des Historischen Archivs der EU und des Programms INDIRE Erasmus+.

Darüber hinaus freut sich der VEM darüber, dass zwei neue Librorum-Veranstaltungen in digitaler Form in den kommenden Monaten stattfinden werden. Am 6. Juli wird Herr Martinez uns sein Werk vorstellen, und am 14. September ist dann Frau Sauquillo an der Reihe.

Darüber hinaus wird Spanien am 1. Juli turnusmäßig den wechselnden Vorsitz im Rat der EU übernehmen. Ich freue mich bereits darauf, Madrid im Oktober als Leiter einer Delegation einen Besuch abzustatten. Alle diesbezüglichen Informationen werden Ihnen in Kürze mitgeteilt.

Diese Ausgabe des Bulletins ist ihrem „digitalen Zwilling“ gewidmet. Wir leben in einer Zeit, in der die technologische Entwicklung und die Digitalisierung in atemberaubenden Tempo voranschreiten, sodass dieses Format inzwischen Verbreitung gefunden hat. In dieser Ausgabe finden Sie Artikel zu diesem Thema, die von VEM-Mitgliedern verfasst wurden.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieses Bulletins und freue mich darauf, mit jedem von Ihnen bei unseren nächsten Treffen erneut ins Gespräch zu kommen.

Mit meinen besten Grüßen,

A handwritten signature in black ink, reading 'Klaus Hänsch' in a cursive script.

Dr. Klaus Hänsch
Präsident des VEM



Aktuelle Themen

DER EUROPATAG IST DEN FRAUEN GEWIDMET

In Florenz wurde am 9. Mai 2023 der Europatag mit der Veranstaltung „Der weibliche Intellekt“ im renommierten Palazzo Guadagni Strozzi Sacratini am Domplatz, dem Sitz des Präsidenten der Region Toskana, Eugenio Giani, mit großem Erfolg begangen, der der Ausrichter mit Unterstützung der Organisationen „Toscana delle Donne“, „Women20 Italia“, „Ars Pace“ und „We Do It Together“ war.

Schirmherr der Veranstaltung war der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM), auf der neben mir weitere VEM-Mitglieder sprachen, wie der ehemalige Vorsitzende des Vereins, Enrique Barón Crespo, der sagte: „Die Emanzipation der Frau ist eine natürliche rationale Schlussfolgerung“, und Professorin Isabella De Martini, die betonte, dass die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur auf intellektueller, sondern auch auf körperlicher Ebene neu überdacht werden müsse. Die Begrüßungsrede hielt die Gastrednerin Cristiana Muscardini.

In dieser historischen Zeit wird es als wichtig erachtet, den Europatag zu begehen und dabei die Rolle von Frauen im Gemeinwesen, in der Medizin, im Unternehmertum in den Bereichen Kunst, Kultur, Film, Kulturdiplomatie, Friedensprozesse und internationale Vermittlung hervorzuheben, wie von den Vereinten Nationen anerkannt worden ist.

Der weibliche Intellekt, der auf dem durch jahrelange Ausbildung und Erfahrung erworbenen Wissen aufbaut und sich ständig weiterentwickelt, spielt eine entscheidende Rolle für die Kulturdiplomatie, das Wirtschaftswachstum und die gesellschaftliche Entwicklung.

Frauen stellen den höchsten Anteil an der europäischen Bevölkerung dar und waren die Protagonistinnen an diesem Tage, der mit der Konferenz „Women20“ begann, auf der die Vorschläge vorgestellt wurden, die dem indischen G20-Vorsitz vorgelegt werden sollten. Anschließend wurde das „Global Gender Medicine Board“ ins Leben gerufen, der von Professorin Flavia Franconi auf der Grundlage der Charta von Florentia 2021 koordiniert wird.

Auf der Konferenz, die von der Journalistin Luca Telese geleitet und moderiert wurde, sprachen: Elvira Marasco, Vorsitzende von AW20 Italien, Pam Rajput, W20 Indien, Hardiani Uli Silalahi, Vorsitzende von W20 Indonesien, Virginia Littlejohn, Leiterin der Delegation von W20 USA, Linda Laura Sabbadini, Vorsitzende von W20 Italien 2021 und namhafte Medizinerin.

Die Leistungen von Europa wurde von „Ars Pace“ gewürdigt, das deren Engagement für internationale Beziehungen und ihren Beitrag zum interkulturellen Dialog bei der Umsetzung wichtiger Programme wie Erasmus+ hervorhob, das am Beispiel zweier Projekte in Italien und Spanien vorgestellt wurde, nämlich Peacemusic von Assisi Suono Sacro und Etdance des Florentiners Tanzfestivals. Das von der deutsch-italienischen Modedesignerin Regina Schrecker für das Projekt „Kunst und Mode aus aller Welt“ künstlerisch gestaltete Kleid „Europa“ wurde in einer Vorschau gezeigt. Außerdem gab es „Frauen als Friedensstifter“ von Antonella Ferrari zu sehen, der Vorsitzenden von FEEL, das Kunst und Kultur durch Kleidung und Botschafterinnen fördert, die eine originelle Interpretation des Erbes der Identität von Nationen darstellen. Frauen knüpfen Beziehungen, stoßen einen Dialog an und stiften Frieden, was auf dem Laufsteg symbolisch zum Ausdruck gebracht wurde. Der Höhepunkt war dann die doppelte Verleihung eines Preises durch die Region Toskana und „Ars Pace“ an den Präsidenten des Europäischen Hochschulinstituts, Prof. Renaud Dehousse, für seine hochgeschätzte Tätigkeit als "Grande Civis Europae".

Am Nachmittag fand unter dem Vorsitz von Cristina Manetti, Leiterin des Büros der Region, die Konferenz über Frauen in Führungspositionen mit Ausführungen der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments für Industrie und Forschung Lina Gálvez Muñoz, Cristina Acidini, Antonella Mansi, Lucia Aleotti, Alessandra Petrucci und Irene Senesi statt.

Anschließend nahmen Lady Monika Bacardi, Milly Carlucci, Greta Scarano und Cinzia Th. Torrini an der Präsentation der Filmproduktionsgesellschaft WDI Italia durch die Gründerin, Regisseurin und Produzentin Chiara Tilesi teil, der der Preis „Pegaso delle Donne“ verliehen wurde. Schließlich fand eine Sondervorführung des Films „Tell It Like A Woman“ statt.

Monica Baldi

GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG AUF DEN VERSCHIEDENEN EBENEN DER PARLAMETARISCHEN DEMOKRATIE – UNIVERSITÄT GLASGOW

Im Jahr 2019, als ich noch ein amtierendes britisches MdEP war, habe ich im Europäischen Parlament eine Veranstaltung für eine Gruppe von Forscherinnen und Forschern verschiedener europäischer Universitäten ausgerichtet, die alle an dem vom Europäischen Forschungsrat finanzierten Projekt „EUGenDem“ beteiligt waren. Ziel des fünfjährigen Projekts war die systematische Analyse der gleichstellungsbezogenen Strategien und Praktiken der Fraktionen im Europäischen Parlament und die Auseinandersetzung mit zentralen Fragen der europäischen Parteipolitik.

Die Forschungs- und Analysearbeit im Rahmen des Projekts führte zu über 70 wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die auf der Projekt-Website vorgestellt werden. Ein Ergebnis des Projekts war auch die Veröffentlichung der allerersten, auf eigener Forschung basierenden maßgeblichen Sammlung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu den Fraktionen des Parlaments. Die Veröffentlichung „European Parliament’s Political Groups in Turbulent Times (Die Fraktionen des Europäischen Parlaments in turbulenten Zeiten)“ (2022) ist eine Analyse aus mehreren Perspektiven: Bildung und Funktion einer Fraktion, Politikgestaltung, Euroskeptizismus und Populismus sowie Interaktion mit externen Akteuren. Insgesamt hat das EUGenDem-Team eine Datensammlung bestehend aus 140 Interviews mit MdEP, Personal und dem EP-Sekretariat, 193 Seiten ethnographischer Beobachtungen (das Ergebnis von 55 Tagen, 440 Stunden Feldforschung) sowie Satzungen, Programmen und Leitdokumenten des Europäischen Parlaments und der Fraktionen, zusammengetragen.

Ein Schwerpunkt von EUGenDem waren formelle und informelle parlamentarische Praktiken in Bezug auf Gleichstellung und Vielfalt und in diesem Zusammenhang wurden ich und ein weiteres ehemaliges britisches MdEP, Elspeth Attwooll (1999–2009), eingeladen, bei einer Veranstaltung an der Universität von Glasgow im März zusammen mit zwei weiblichen Abgeordneten des schottischen Parlaments zu sprechen.

Nach der Präsentation verschiedener wissenschaftlicher Studien ging es bei unserer Podiumsdiskussion um die tatsächlichen alltäglichen Erfahrungen als Frau im Parlament.

Obwohl wir zwei unterschiedlichen Fraktionen angehören, fühlten Elspeth und ich uns bei unserer Arbeit in einem europäischen Kontext stärker befähigt, als es bei einer Wahl in das britische Parlament der Fall gewesen wäre, wo immer noch obskure Praktiken vorherrschen und Frauenfeindlichkeit an der Tagesordnung ist.

Das EUGenDem-Projekt begann im Jahr 2018 kurz nach Entstehung der #MeToo-Bewegung und nicht lange nach Start der #MeTooEP-Kampagne, die ins Leben gerufen wurde, um sexuelle Belästigung zu bekämpfen und vorbildliche Arbeitsbedingungen in der Institution durchzusetzen. Der normative Machtmissbrauch, hauptsächlich durch weiße Männer, stand daher überall im Mittelpunkt des Interesses. Die vielfältigen EUGenDem-Daten zeigen die kollektive Bereitschaft, das Geschlechtergefälle zu bekämpfen, und obwohl es im Rahmen der Forschungsarbeiten auch weniger erfreuliche Dinge zu lesen gab, spiegeln die Daten doch eine größtenteils offene Institution wider, womit sie sich von vielen anderen nationalen Parlamenten unterscheidet.

Fragen im Zusammenhang mit der Zusammensetzung von Ausschüssen, interfraktionellen Arbeitsgruppen, landesspezifischen Delegationen und Wahlbeobachtungsmissionen wurden bei der Podiumsdiskussion ebenfalls besprochen. Als Ko-Vorsitzende der interfraktionellen Arbeitsgruppe Rassismusbekämpfung und Vielfalt wusste ich besonders gut über unsere Arbeit zur Bekämpfung spezifischer Formen des Rassismus wie Romafeindlichkeit, Afrophobie, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus zu berichten. Ich erläuterte auch, wie meine Fraktion (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten) bei der Politikgestaltung einen intersektionellen und geschlechtersensiblen Ansatz verfolgt hat, um sicherzustellen, dass Ungleichheit und Mehrfachdiskriminierung angemessen Rechnung getragen wird. Elspeth wiederum sprach über die Einführung der durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung im Europäischen Parlament und über die starken Bemühungen um eine Erhöhung der Zahl weiblicher Kommissionsmitglieder. Beachtenswert ist, dass an der Spitze des Europäischen Parlaments wie auch der Kommission derzeit jeweils eine Frau steht. Die von EUGenDem betriebene Forschung ist wichtig, kommt zur rechten Zeit, ist für die derzeitigen Krisen in Europa von direktem Interesse und hilft, deren geschlechterbezogene Dimension zu verstehen. Weitere Informationen können der Projekt-Website entnommen werden.

Julie Ward

WIR VERDIENEN EINE BÜRGERSCHAFT DES FRIEDENS

Ich selbst erinnere mich, wie ich 1989 als frisch gewählte Abgeordnete des Europäischen Parlaments bei den Kundgebungen nach dem Fall der Berliner Mauer die Begeisterung der damaligen europäischen Jugend miterlebte, die sich für die Abschaffung der Grenzen und Schutzmauern und für eine globale Entspannung einsetzte.

Es war die Zeit, in der die 1992 durch den Vertrag von Maastricht geschaffene Unionsbürgerschaft eingeführt wurde, die auf das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit, das Recht, sich in dem Gebiet der Europäischen Union aufzuhalten und frei zu bewegen, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen, das Recht auf konsularischen Schutz, das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament, das Recht auf Beschwerde beim Europäischen Bürgerbeauftragten, das Recht, eine europäische Bürgerinitiative einzurichten oder zu unterstützen, die die Kommission auffordert, Rechtsvorschriften zu einer sie betreffenden Angelegenheit vorzuschlagen, das Recht, sich in einer der Amtssprachen der EU an jedes Organ und an jede Einrichtung der EU zu wenden und eine Antwort in derselben Sprache zu erhalten, und schließlich auf das Recht auf Zugang zu den Dokumenten der Organe und Einrichtungen der EU sowie auf gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Dienst der EU Bezug nimmt.

Heute herrschen jedoch völlig andere Umstände und Anforderungen: Der unerwartete offene Krieg, den Putin mit der Invasion der Ukraine vor den Toren Europas auslöste, hat bereits zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzungen geführt, die wir je gesehen haben, hat Tod, Verbrechen, Gräueltaten, Zerstörung und massive Vertreibungen hervorgebracht und ruiniert unsere Errungenschaften: 100 Millionen Menschen sind aufgrund von Gewalt, Konflikten und Menschenrechtsverletzungen zur Flucht gezwungen worden und die zwei Millionen Dollar an Militärausgaben wurden weder durch die Pandemie noch durch die Versorgungsprobleme in der Lebensmittelkette überschritten.

Gerade deshalb und angesichts einer so ernsten und komplexen Realität wie der gegenwärtigen müssen wir uns auf die ursprünglichen Fundamente des europäischen Aufbauwerks konzentrieren, dessen Ziele von Frieden und Fortschritt gestalten und umsetzen und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Aussichten „auf Frieden und Sicherheit“ bieten.

Wäre es nicht an der Zeit, unsere Fundamente auf der Grundlage dieser Ziele von „Frieden und Fortschritt“ wiederherzustellen und zu regeln? Oder ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass wir die künftigen europäischen Dimensionen und Zuständigkeiten auf die Ziele gründen müssen, für die die Union geschaffen wurde? Auf „die Friedenssicherung und die Stärkung der internationalen Sicherheit [...], die Förderung der internationalen Zusammenarbeit, [...] Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.“ Es ist offensichtlich, dass die europäische Bürgerschaft den Willen hat, in friedlichen Räumen ohne Krieg leben zu können und ihre Garantien der Selbstverteidigung zu wahren und darüber zu verfügen.

Unsere Empfehlung für die gegenwärtige europäische Bürgerschaft lautet, ihr diese „Bürgerschaft des Friedens“ zuzuerkennen. Dies ist ein Vorschlag zur Stärkung unseres Vertrauens in die EU und unserer Sicherheit in der Union, der auf der Grundlage unseres Rechts auf Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten und unseres anerkannten Rechts auf eigene Sicherheit formuliert wurde. Er gründet auf dem Werk einer großen Mehrheit von Bürgerinnen und Bürgern, die ein starkes Anti-Krieg-Bewusstsein haben, von Menschen, die die grundlegende Friedenskultur teilen, die die EU inspiriert hat, und die sich befähigt fühlen, an der Beendigung bewaffneter Konflikte mitzuwirken.

María Izquierdo Rojo

AUSSTELLUNG ÜBER DIE WEIBLICHEN MDEP IRLANDS IN DER VERGANGENHEIT UND GEGENWART ANLÄSSLICH DES 50. JAHRESTAGS DES BEITRITTS IRLANDS ZUR EU

Als ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments war es sowohl eine unglaubliche Ehre als auch eine Demut lehrende Erfahrung, in einer Ausstellung über die weiblichen irischen MdEP seit 1973 gezeigt zu werden.

Anlässlich des 50. Jahrestags des Beitritts zur EU hat das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Irland eine Fotoausstellung über die weiblichen Mitglieder des Europäischen Parlaments in Auftrag gegeben, die Irland (sowohl den Norden als auch des Süden Landes) seit 1973 vertreten haben. Zur Ausstellung wurde von Dr. Sinéad McCoole außerdem ein Buch verfasst, in dem sie mit Worten lebendige Porträts aller 27 MdEP gezeichnet hat.

Die Ausstellung „Mná na hÉireann – Irish Female MEP Past and Present“ (Mná na hÉireann – Weibliche irische MdEP der Vergangenheit und Gegenwart) wurde am 2. März 2023, im Vorfeld des Internationalen Frauentags am 8. März, im Fotomuseum Irland eröffnet. In der Ausstellung und dem begleitenden Buch wird der bedeutende Beitrag der irischen Mandatsträgerinnen zur europäischen Politikgestaltung dokumentiert.

Seit dem Beitritt zur EU vor 50 Jahren hatte die Republik Irland nur 23 weibliche MdEP. Nordirland trat am selben Tag wie die Republik zusammen mit dem Vereinigten Königreich der EU bei. Insgesamt waren seit 1973 27 Frauen von der irischen Insel im Europäischen Parlament vertreten. Das erste weibliche MdEP aus Irland war die 1979 gewählte Eileen Desmond (Labour Party, S&D).

Die Porträtfotos wurden von dem renommierten estnischen Fotografen Kaupo Kikkas aufgenommen. Kikkas ist es gelungen, die Individualität und die charakteristische Persönlichkeit jeder der Vertreterinnen zu erfassen, angefangen mit Síle de Valera, einer der ersten weiblichen MdEP Irlands, bis hin zu den derzeitigen fünf Mandatsträgerinnen.

Im Vorwort zu dem Buch erklärt die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola: „Irland hat sich in den letzten 50 Jahren stark entwickelt, doch die jüngsten staatlichen Gedenkfeiern im Rahmen des Programms „Decade of Centenaries“ („Jahrzehnt der Jahrhundertfeiern“) anlässlich des

Jahrestags der Erlangung der irischen Unabhängigkeit haben deutlich gemacht, dass Frauen auch im 21. Jahrhundert immer noch dafür kämpfen müssen, dass Gleichstellung in jeglicher Hinsicht Einzug in das Leben irischer Frauen hält.

In der Arbeitswelt spiegelt sich die Entwicklung der Einstellungen zur Gleichstellung der Geschlechter und der allmähliche Anstieg des Frauenanteils unter den Vertretern Irlands im Europäischen Parlament wider.

Ich hoffe, dass sie [die Ausstellung] andere irische Frauen dazu anregen wird, sich auf lokaler, nationaler oder europäischer Ebene zur Wahl zu stellen, denn eine gleichberechtigte Vertretung beginnt mit einer gleichberechtigten Beteiligung an der Politik, die uns eine stärker von Gleichstellung geprägte und eine demokratischere Zukunft sichert.“

Die Ausstellung war fast zwei Wochen lang parallel zu zahlreichen Veranstaltungen anlässlich des Internationalen Frauentags in Dublin geöffnet und stieß sowohl bei den Einheimischen und als auch bei Besuchern der Hauptstadt auf großes Interesse. Sie war außerdem ein beliebtes Ziel von Schülergruppen.

Viel zu lange stellten die Porträts und Denkmäler, die unsere öffentlichen Gebäude schmücken, kaum Frauen dar. Im Juni und Juli soll die Ausstellung nun im Oireachtas, dem irischen Parlament im Leinster House in Dublin, gezeigt werden – in diesem Gebäude sind Porträts vieler ehemaliger Premierminister und Präsidenten zu sehen, von denen jedoch nur zwei Frauen sind (die ehemaligen Präsidentinnen Mary Robinson und Mary McAleese). Bei der Eröffnung der Ausstellung betonte Frances Fitzgerald, MdEP, wie wichtig es sei, dass junge Menschen „Frauen an Wänden“ zu sehen.

Im neuen Büro des Europäischen Parlaments in Dublin, das Anfang 2024 eröffnet werden soll, soll die Ausstellung schließlich ein ständiges Zuhause finden. Das ansprechend gestaltete Buch mit dem Titel „Mna na hÉireann“ kann unter diesem [Link](#) heruntergeladen werden.

Emer Costello

(S&D, 2012–2014)

DER POLITISCHE DIALOG IM RAHMEN DES MAGYC- PROJEKTS ZUM THEMA „MIGRATIONssteuerung IN DER EU“ FAND AM 7. FEBRUAR 2023 IN BRÜSSEL STATT

von Basak Yavcan, Postdoktorand im Bereich Migrationssteuerung am Hugo Observatory, Universität Lüttich, und Brigitte Ernst, ehemaliges MdEP (1989-1994)

Mit der erneuten Zunahme von Überquerungen des Mittelmeers stehen humanitäre Krisen und Sofortmaßnahmen wieder ganz oben auf der europäischen Tagesordnung. In vielen europäischen Städten leben Asylsuchende weiterhin als Obdachlose, während es bei der Migrations- und Asylpolitik der EU seit der Krise 2014–2016 kaum Fortschritte gab. Dabei zeigt die Forschung Wege auf, wie die europäische Migrations- und Asylpolitik verbessert werden könnte, nur ist diese den politischen Entscheidungsträgern oft unbekannt.

In den letzten vier Jahren haben sich die zwölf Partneruniversitäten und Forschungszentren aus der EU und ihren Nachbarländern, die an dem über das Programm Horizont 2020 finanzierten Projekt MAGYC (MigrAtion Governance and asYlum Crises, „Migrationssteuerung und Asylkrisen“) beteiligt sind[1], gemeinsam und über die zeitliche und räumliche Dimension hinweg mit der Migrationssteuerung und Asylkrisen beschäftigt, um die lokalen und translokalen Steuerungsebenen zu untersuchen.

MAGYC hat gezeigt, dass politische Entscheidungen zu Migration und Asyl häufig als Reaktion auf Krisen und nicht in Vorwegnahme einer sich ändernden Migrations- und Asyldynamik getroffen wurden.

Die Partner sind zu dem Schluss gelangt, dass die Gestaltung der EU-Migrationspolitik von Krise zu Krise erfolgt, immer im Notfallmodus. Dadurch verfestigt sich das Verständnis von der Migration als ein Phänomen, dem ein Ende gesetzt werden muss, was wiederum Zäune und harte Grenzen, kurz: die „Festung Europa“, legitim erscheinen lässt. Diese krisenbasierte Politikgestaltung lässt die Tatsache außer Acht, dass die Migration der Menschen weitergehen wird und es daher gilt, diesen sozialen Umstand strukturell anzugehen.

Bei diesem politischen Dialog hatten die politischen Entscheidungsträger der EU die einzigartige Möglichkeit, sich mit dem Forscherteam des EU-finanzierten Projekts MAGYC auszutauschen. Insbesondere beschäftigte man sich mit den Ergebnissen evidenzbasierter Forschung in zahlreichen EU-Ländern und Drittländern, wie etwa in der Türkei, im Libanon, in Jordanien, in Ägypten, am Horn von Afrika und in Libyen und Syrien[2]. Beim Dialog wurden Perspektiven für die europäische Migrationsagenda aufgezeigt und es wurden Überlegungen angestellt, welche Erkenntnisse sich aus dem jüngsten Zustrom ukrainischer Flüchtlinge gewinnen lassen.

Tatsächlich hat der Krieg in der Ukraine zu einem weit größeren Flüchtlingsstrom geführt als der Krieg in Syrien. Der Unterschied bei der Reaktion auf die ukrainischen Flüchtlinge im Vergleich zu den syrischen Flüchtlingen ist beachtlich: „Die EU-Richtlinien funktionieren bei einigen – allerdings nicht bei allen – wie sie sollen.“ Mauern, Zäune und Grenzen sind Zeichen für das Versagen der europäischen Migrations- und Asylpolitik.

Legt man die konservativsten Daten (Erstentscheidungen über Asylanträge) zugrunde, zeigt sich, dass 75 % der illegalen Grenzübertritte in die EU Menschen betreffen, denen mit hoher Wahrscheinlichkeit der Flüchtlingsstatus zuerkannt wird. Das bedeutet, dass Spitzen bei den illegalen Grenzübertritten mit humanitären Krisen in anderen Teilen der Welt korrelieren.

Die Teilnehmer hoben den Einsatz von Migration als Waffe hervor: Die Migrationssteuerung wurde instrumentalisiert und ist zu einem außenpolitischen Problem geworden, wobei Migranten bei Verhandlungen über Entwicklungshilfe, beispielsweise im Wege von Rückübernahmeabkommen, zu Schachfiguren werden.

„Die europäischen Länder wären ganz klar in der Lage, haben aber nicht den Willen“ die Migration zu steuern.

[1] Siehe: https://www.magyc.uliege.be/cms/c_7815721/en/magyc-consortium

[2] Siehe: https://www.magyc.uliege.be/cms/c_7815743/en/magyc-peer-reviewed-articles und https://www.magyc.uliege.be/cms/c_8470978/en/magyc-deliverables

Basak Yavcan und Brigitte Ernst

DIE EUROPÄISCHE UNION UND DER KRIEG IN DER UKRAINE

Die Europäische Union wurde durch Frieden aufgebaut, und ihr Ziel ist der Frieden in Europa und in der Welt. In ihrem Gründungsakt, dem Vertrag von Lissabon, heißt es ausdrücklich: „Ziel der Union ist es, den Frieden und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“ Gleiches gilt für ihre Außenpolitik, denn in „ihren Beziehungen zur übrigen Welt leistet die Union einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit“ aller Völker. Meines Erachtens handelt es sich dabei nicht um abstrakte Proklamationen. Um fortbestehen zu können, ist Frieden für die Europäische Union lebenswichtig. Und sie kann nur dann ein Vorbild für die Menschheit sein, wenn sie sich aktiv für den Weltfrieden einsetzt.

Der Krieg in der Ukraine stellt uns in dieser Hinsicht vor ein schwieriges Problem. Zielen zum Beispiel die Entscheidungen der Kommission wirklich auf den Frieden auf unserem Kontinent ab? Unsere jüngste Reise nach Stockholm hat ihre gefährliche Ambiguität verdeutlicht. Als die Kommission der Regierung von Kiew finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau der zerstörten zivilen Infrastruktur zur Verfügung gestellt hat, hat sie gut gehandelt, weil dies dem Frieden dient. Wenn sie Waffenlieferungen an die Ukraine subventioniert, entfernt sie sich aber von ihrem Auftrag. Ebenso, wenn sie die Produktion von Granaten in Europa finanziert, damit die Ukraine ihre Arsenalbestände aufstocken kann. Dadurch nährt sie den Krieg und nicht den Frieden. Man wird mir entgegnen, dass man damit einem Staat hilft, der ungerechterweise angegriffen wurde. Ich werde aber nicht müde, zu entgegnen, dass man dabei nicht erkennt, in was für ein furchtbares Schlamassel sich die EU dadurch hineinziehen lässt. Die EU sollte den Krieg der NATO überlassen, die zu diesem Zweck gegründet wurde, zumal inzwischen fast alle EU-Mitgliedstaaten auch der NATO angehören. Dort, und nur dort, dürfen die Entscheidungen über den Krieg getroffen werden.

Die zehn „Sanktionspakete“, die die Kommission gegen Russland verhängt hat, weisen dieselbe Ambiguität auf. Die Verhängung eines Embargos auf alle Ausfuhren von Erzeugnissen, mit denen die russische Armee ausgerüstet werden kann, ist gerechtfertigt. Auf diese Weise dient die EU dem Frieden. Aber die Schaffung eines neuen „Eisernen Vorhangs“, der noch undurchdringlicher ist als der frühere, um Russland zu isolieren, dient dem Krieg. Vor allem schießt man über das Ziel hinaus, wenn man die Teilnahme von Sportlern, den Tourismus und den Kulturaustausch unterbindet.

Für den Frieden muss man Brücken bauen und instandhalten. Es ist der Krieg, durch den sie zerstört werden. An dem Tag, an dem die Kämpfe eingestellt werden, wird die EU kein Geld mehr haben, um die Brücken wieder aufzubauen, die sie zuvor unerbittlich zerstört hat. Sie wird dann nicht mehr in der Lage sein, einen positiven Beitrag zu friedlichen Beziehungen zu ihrem russischen Nachbarn zu leisten.

Es zeigt sich erneut dieselbe Ambiguität, wenn Ursula von der Leyen erklärt, dass die Ukraine, Moldau und Georgien Teil der „europäischen Familie“ sind und Mitglieder der EU werden sollten. Dieses Ziel kann an sich dem Frieden dienen. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge löst es jedoch innenpolitische Konflikte in diesen Ländern aus und führt zu einer Ausweitung des Krieges mit Russland.

Der Ukraine-Konflikt stellt uns vor eine sehr verantwortungsvolle Entscheidung. Wollen wir den Werten, auf die sich die Europäische Union gründet, treu bleiben oder uns einer neuen Idee des europäischen Aufbauwerks verschreiben, deren Risiken meines Erachtens nicht ausreichend durchdacht worden sind? Ich wünsche mir sehr, dass das Parlament dies zur Kenntnis nimmt und den Rat und die Kommission dazu bewegen kann, die Lage wieder realistischer einzuschätzen.

Michel Pinton

A. Jährliches Treffen

2023 VEM-Jahresveranstaltungen, 3. und 4. Mai

Die diesjährigen Veranstaltungen boten ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Gedenken, Feiern, Anregung und Wahlen.

Der jährliche Gedenkgottesdienst war eine feierliche Hommage an die ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, die 2022 und 2023 verstorben waren. Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments (EP), sprach in bewegenden Worten im Namen aller: "Wir ehren (verstorbene Mitglieder) für ihr Lebenswerk, ihre Ideen, ihre Leidenschaft und ihre Vision. Wir ehren sie für ihren Beitrag zum Projekt der europäischen Demokratie", insbesondere in Zeiten der "Bedrohung der liberalen Demokratie, des Nationalismus, des Populismus und der Polarisierung".

Klaus Haensch, Präsident der VEM, sprach Jose Maria Gil Robles, dem ehemaligen Präsidenten des Parlaments und der VEM, besonderes Lob und Respekt für seine Fähigkeit aus, "große Menschlichkeit mit großer Entschlossenheit und feiner Ironie zu verbinden".

Besonders ergreifend war es, als der Sohn eines verstorbenen ehemaligen Abgeordneten mir erzählte, wie bewegt und dankbar er über die Ehrung seines eigenen Vaters war.

Das Thema der Bewahrung und Förderung der liberalen Demokratie auf der Grundlage von Konsens und Ausgleich war das Leitmotiv der Präsentation und Diskussionsrunde in der Bibliothek des Parlaments zur Biographie des ehemaligen VEM- und EP-Präsidenten Hans Gert Pöttering mit dem Titel "Ein europäisches Gewissen".

Weitere Denkanstöße lieferte nach dem Jahresdinner der Vortrag unseres Gastredners Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft. Sein Thema "Jahre des Wandels: Europa nach der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine" war breit gefächert und anregend. Er betonte die Widerstandsfähigkeit des europäischen Projekts und das Vertrauen in unsere Fähigkeit, die schwerwiegenden Herausforderungen der jüngsten Zeit, die Rinderpandemie und den russischen Einmarsch in der Ukraine, zu überstehen und zu überwinden.

Herr Gentiloni warf auch die wichtige Frage auf, ob "wir verschiedene Wege zur Finanzierung gemeinsamer Projekte finden können", ein Plädoyer, das ihm als Kommissar für Wirtschaft sehr am Herzen liegen muss.

Bei den Wahlen zum VEM-Vorstand konnte mit Godelieve Quisthoudt-Rowohl ein neues Mitglied begrüßt werden; damit erhöht sich die Zahl der Frauen im VEM-Vorstand erfreulicherweise um eine Frau, was einer Steigerung von 10% entspricht!

Michael Hindley

B. Besuch unter EU-Ratspräsidentschaft

EIN BESUCH IM LAND DES RATSVORSITZES: SCHWEDEN

Ende März besuchte der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments Stockholm, um sich ein genaueres Bild von dem von Schweden im ersten Halbjahr 2023 geführten Vorsitz im Rat zu machen, dessen zweite Hälfte gerade angebrochen war.

Die Gruppe bestand aus etwa 20 ehemaligen MdEP; den Vorsitz führte Klaus Hänsch, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments. Mit dabei war natürlich auch Elisabetta Fonck, die stets dafür sorgt, dass alles reibungslos läuft. Sie wurde von Klas Jansson unterstützt, dem stellvertretenden Leiter des Verbindungsbüros des EP in Stockholm. Um die Fahrtzeiten möglichst kurz zu halten, fanden die meisten Treffen der Gruppe in der Nähe ihres Hotels in der Stadt statt.

Höhepunkte des Besuchs waren die Treffen mit Christian Danielsson, Staatssekretär von Jessika Roswall, Ministerin für Europäische Angelegenheiten, und mit Göran von Sydow, Direktor des Swedish Institute for European Policy Studies, einer Regierungsbehörde.

Christian Danielsson stellte die vier Prioritäten des Ratsvorsitzes vor, nämlich Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Übergang zu einer grünen Wirtschaft und Rechtsstaatlichkeit und sprach über ihre Auswirkungen auf aktuelle Fragestellungen und Herausforderungen des Ratsvorsitzes. Bei der nächsten Präsentation wurden Schwedens Beziehungen zur EU im Verlauf der Zeit dargelegt. An beide Präsentationen schloss sich eine lebhafte Debatte an.

Auf dem politischen Teil des Programms stand zudem eine einstündige Diskussion über Umweltfragen mit Jytte Guteland, einem ehemaligen MdEP, die heute Mitglied des schwedischen parlamentarischen Ausschusses für EU-Angelegenheiten ist. Zudem gab es ein weiteres einstündiges Treffen mit schwedischen Abgeordneten, die die drei unterschiedlichen Parteien der Regierungsmehrheit vertraten.

Der Besuch begann am Morgen mit einem Treffen im Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), der mit einer besseren Bekämpfung von Infektionskrankheiten in Europa betrauten EU-Agentur.

Andrea Ammon, Leiterin des ECDC, führte durch das Treffen, das in dem beeindruckenden Gebäude auf dem Gustav III:s Boulevard stattfand. Natürlich gab es zahlreiche Fragen zu COVID-19. Die dortigen Fachleute informierten umfassend über die Arbeit des Zentrums und erläuterten sein effizientes System für die Sammlung von Wissen über Krankheiten in der EU. Die Besucher trafen gerade rechtzeitig in Stockholm ein, um sich die neu eröffnete Ausstellung „Erlebnis Europa“ im Kulturhuset im Herzen der Stadt anzusehen. Hier können sich Lehrkräfte, Schüler und Studenten sowie die allgemeine Öffentlichkeit über die EU informieren und sich inspirieren lassen: Mit moderner Technik werden Informationen zu unserer fantastischen und vielfältigen Europäischen Union vermittelt. Eine weitere Stunde wurde mit schwedischen Abgeordneten aus drei verschiedenen Parteien der Regierungsmehrheit verbracht, die das Büro des Parlamentspräsidenten vertraten.

Der Besuch in Stockholm endete mit einem digitalen Treffen mit 100 schwedischen Lehrkräften des Programms „Botschafterschule für das Europäische Parlament“, die an einer Diskussion mit Klaus Hänsch, Alojz Peterle und Charlotte Cederschiöld teilnahmen. Das Abendessen am ersten Abend fand im Tak statt, einem Restaurant mit einem wunderschönen Blick auf Stockholm. Die Gastredner waren Hadar Cars, ehemaliges MdEP, (der beim Beitritt Schwedens zur EU eine wichtige Rolle spielte) und ich selbst (ehemaliges MdEP und ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments). Wir beide sprachen darüber, wie sich die Beziehung Schwedens zur EU entwickelt hat, wobei die Position des Landes inzwischen gefestigt ist: Die Zustimmungsrate zur EU in der Bevölkerung beträgt 60 %, einer der höchsten Werte in der EU. Wir beide erklärten, dass die künftige Debatte über den Euro in Schweden nach unserer Auffassung eines Tages zur Einführung der gemeinsamen Währung im Land führen sollte. Die Besucher sprachen auch das Thema des vor kurzem von Schweden gestellten Antrags auf eine NATO-Mitgliedschaft an. 28 von 30 NATO-Mitgliedstaaten haben die Beitrittsprotokolle zur Aufnahme Schwedens in die NATO ratifiziert. Die Türkei, in der im Mai Wahlen stattfinden, hat sich aufgrund schwedischer Bestimmungen zur Meinungsfreiheit zögerlich gezeigt. Die meisten NATO-Mitgliedstaaten haben eine Verfassung, in der die Meinungsfreiheit verankert ist, da sie zu unseren Grundrechten gehört. Es ist davon auszugehen, dass Schweden noch vor dem nächsten Ratsvorsitz Mitglied der NATO wird.

Charlotte Cederschiöld

(EVP), (MdEP 1995–2009, ehemalige Vizepräsidentin)

VON DER ENGAGIERTEN NEUTRALITÄT ZUM ENGAGIERTEN MULTILATERALISMUS

Der Besuch der VEM-Mitglieder in Schweden und ihre Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des schwedischen Parlaments und der schwedischen Regierung haben ein Land gezeigt, dass sich erheblich stärker für Europa einsetzt als zuvor. Grund für diese Neuausrichtung der schwedischen Politik ist nicht nur der Umstand, dass das Land in der ersten Hälfte des Jahres 2023 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat, sondern auch und insbesondere der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Dies war ein wichtiger Faktor, der Schweden dazu veranlasst hat, sich stärker in die multilaterale und gemeinschaftsbasierte Struktur der EU zu integrieren. Natürlich ist das wichtigste strategische Ziel sowohl der Regierung als auch der Opposition dabei die NATO-Mitgliedschaft. Die Türkei und Ungarn blockieren jedoch nach wie vor den Beitritt Schwedens zur NATO. Das liegt zum Teil daran, dass Schweden eine Politik der Förderung der Menschenrechte sowie eine progressive Asylpolitik verfolgt, was sowohl Ungarn als auch die Türkei verärgert hat. Schweden hat sich klar dazu bekannt, dass es seine Menschenrechtsprinzipien nicht aufgeben wird, um die Zustimmung der Türkei und/oder Ungarns zu seinem NATO-Beitrittsge such zu erhalten.

Was die Asylpolitik angeht, plant die Regierung – unabhängig vom Druck von außen – die Kriterien im schwedischen Recht zu verschärfen. Ferner möchte Schweden finanzielle Zuwendungen privater Organisationen an Gruppen, die im Verdacht stehen, terroristische Aktivitäten zu unterstützen, genauer prüfen. Dies ist Teil einer umfassenderen Reform zur Durchsetzung einer stärkeren und konsequenteren Agenda für die Verbrechensbekämpfung.

In jedem Fall hofft Schweden, dass der Widerstand der beiden noch zögernden Regierungen bald überwunden werden kann! Insbesondere, da der NATO-Beitritt Finnlands nun uneingeschränkt unterstützt wird. Für die VEM-Mitglieder war es zudem interessant, Näheres über die enge Verknüpfung der schwedischen und finnischen Neutralität und die Rolle Schwedens bei der Unterstützung der Position seines Nachbarn zu erfahren. Nun da sich Finnland – verständlicherweise – entschlossen hat, seine Neutralität hinter sich zu lassen und einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO gestellt hat, schließt sich Schweden einmal mehr an.

Konzentration auf Europa vs. Globales Engagement

Es wurde deutlich, dass sämtliche Vertreterinnen und Vertreter Schwedens den russischen Angriffskrieg als Wendepunkt erachten, und zwar nicht nur für Schweden, sondern für ganz Europa. Die Aufgabe der Neutralität, die sich über die Jahre zu einer Blockfreiheit entwickelt hat, war nicht einfach, aber notwendig. Die meisten schwedischen Rednerinnen und Redner betonten, dass allein die NATO für die Verteidigung zuständig sein sollte, die EU jedoch gestärkt werden sollte, wenn es um ihre allgemeine Sicherheitspolitik gehe. In dieser Hinsicht gebe es eine enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Opposition. Einige der teilnehmenden ehemaligen MdEP äußerten die Befürchtung, dass die Neuausrichtung Schwedens das langjährige Engagement des Landes für Frieden und Aussöhnung untergraben und schwächen könnte. Die Unterstützung der Ukraine und der NATO-Mitgliedschaft könnte die traditionelle Politik Schwedens, Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, Asyl zu garantieren, sowie die schwedische Unterstützung demokratischer Bewegungen in den entsprechenden Ländern überall auf der Welt überschatten und untergraben.

Die Regierung und die Opposition vertreten bei der globalen Zusammenarbeit und Hilfe teils unterschiedliche Positionen. Für die Opposition, und hier insbesondere das Olof Palme International Center, darf es bei globalen Maßnahmen, einschließlich der Entwicklungshilfe, keine Einschnitte geben. Die Regierung wiederum hat die entsprechenden Einrichtungen aufgefordert, sich bei ihrer Arbeit auf Europa zu konzentrieren und ihre Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit insgesamt zu reduzieren.

Migration und Erweiterung

Ein sehr wichtiges Thema für die Regierung sind die Gespräche über das Migrationspaket. Der schwedische Ratsvorsitz möchte diese Gespräche vorantreiben, damit die Gesetze während des belgischen Ratsvorsitzes in der ersten Hälfte des Jahres 2024 verabschiedet werden können. Im Bereich Migration verfolgt die schwedische Regierung – wie andere Regierungen auch – einen strengeren Ansatz. Es wurde auf den dänischen Ansatz verwiesen.

Ein Thema, mit dem sich der belgische Ratsvorsitz sicherlich ebenfalls befassen muss, ist die Erweiterungsstrategie. Die Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen, insbesondere aber ihrer Vorbereitungen auf ernst gemeinte Beitrittsverhandlungen, stellt eine Priorität dar. Dennoch ist sich die Regierung bewusst, dass die Bedürfnisse und Erwartungen der Länder des westlichen Balkans nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Es darf für die Ukraine keine speziellen, beschleunigten Verhandlungen geben, während die Länder des westlichen Balkans weiterhin den langsameren, regulären Beitrittsprozess durchlaufen müssen!

Klimawandel und Energiewende

Schweden ist für seine progressive Umwelt- und Klimapolitik bekannt. Die VEM-Mitglieder haben jedoch festgestellt, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Regierung und die Vertreterinnen und Vertreter der Opposition beim Zeitplan für die Energiewende und für die Umsetzung klimapolitischer Ziele teils unterschiedlicher Auffassung sind. Insgesamt sind sich die Parteien jedoch grundsätzlich darüber einig, dass Klimapolitik wichtig ist und angesichts des „Inflation Reduction Act“ der Vereinigten Staaten die entsprechenden Investitionen getätigt werden müssen. Weitere Investitionen sind notwendig, damit Europa wettbewerbsfähig und auf dem richtigen Weg bleibt, um seine klimapolitischen Ziele zu erreichen. Europa ist führend, wenn es um die Klimagesetzgebung geht, aber nicht, wenn es um die zur Verwirklichung seiner Klimaziele notwendigen Investitionen geht.

Hannes Swoboda

BESICHTIGUNG DER RÄUMLICHKEITEN DES ECDC

Einer der Höhepunkte dieses Informationsbesuchs war die Reise zum Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten. Diese Einrichtung der EU ist in der breiten Öffentlichkeit noch wenig bekannt, erfüllt aber sehr wichtige Aufgaben. Sie beschäftigt 341 Personen. Sie befasst sich ausschließlich mit Infektionskrankheiten, von denen es in der EU 59 gibt. Die Referatsleiterin, Vicky Lefevre, hielt einen ausführlichen Vortrag über die Rolle, die das ECDC während der COVID-19-Pandemie gespielt hat. Als die ersten Berichte über Infektionen in China eintrafen, waren die Experten sofort in Alarmbereitschaft, erklärte sie. Es wurden Anstrengungen unternommen, um möglichst viele Informationen auf internationaler Ebene zu sammeln, obwohl ursprünglich kaum welche verfügbar waren. Als die ersten Infektionen in Italien gemeldet wurden und das Virus somit seinen Weg nach Europa gefunden hatte, legten alle Mitarbeiter ihre Arbeit an ihren spezifischen Interessengebieten nieder und konzentrierten sich ausschließlich auf COVID-19. „Wir haben täglich sehr viele Stunden gearbeitet, von sieben Uhr morgens bis 22 Uhr abends. Jeden Tag fand eine Sitzung der wichtigsten Sachverständigen statt, in der die eingegangenen Informationen erörtert wurden.“

Im Laufe der Zeit gewann das Institut zunehmend an Bekanntheit und gab Stellungnahmen an die nationalen Behörden und Regierungen zu den zu ergreifenden Maßnahmen ab, wie Impfungen, Abstandsregeln, Lockdowns, Masken, Schulschließungen, Ausgangssperren und vieles mehr. In der Praxis unterschied sich die Politik zuweilen erheblich von Land zu Land. Auch bei der Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung gab es deutliche Unterschiede. Die Mitgliedstaaten beschlossen auf Vorschlag der Kommission eine gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen. Auf wissenschaftlicher Ebene wurden innerhalb der EU zahlreiche Informationen ausgetauscht. Das ECDC pflegte auch intensive Kontakte außerhalb Europas, z. B. in den Vereinigten Staaten und natürlich mit der Weltgesundheitsorganisation.

Die Direktorin des ECDC, Dr. Andrea Ammon, informierte uns über die wichtigsten Schlussfolgerungen für die Zukunft, die das Zentrum aus der COVID-19-Krise gezogen hat.

Zunächst ist es von größter Bedeutung, dass die nationalen Gesundheitssysteme so eingerichtet werden, dass sie künftige Ausbrüche besser bewältigen können. In vielen Mitgliedstaaten wurde ein Personalmangel in diesem Sektor festgestellt. Daher müssen die Arbeitsbedingungen, die beruflichen Perspektiven und die Attraktivität von Arbeitsplätzen verbessert werden. Zweitens muss die Art und Weise, wie Impfkampagnen konzipiert werden, generell kritisch hinterfragt werden. Fehler, die in der Vergangenheit begangen wurden, dürfen sich nicht wiederholen. Drittens muss die Öffentlichkeit (viel) stärker in die zu ergreifenden Maßnahmen einbezogen werden. Die Akzeptanz muss deutlich erhöht werden. Dies ist eine schwierige Aufgabe, da Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem Hintergrund unterschiedlich angesprochen werden müssen. Viertens hat sich gezeigt, dass eine globale Zusammenarbeit in allen relevanten Bereichen unerlässlich ist. Sowohl bei der Entstehung von Epidemien als auch bei der Suche nach Lösungen besteht weltweit eine sehr hohe gegenseitige Abhängigkeit. Fünftens sollte es eine koordinierte Überwachung auf EU-Ebene auf der Grundlage harmonisierter Überwachungssysteme geben. Sechstens sollten die Mitgliedstaaten Benchmarks vereinbaren, und der Krisenreaktionsplan/Vorsorgeplan der EU sollte auf allen nationalen Ebenen umgesetzt werden. Fazit: Es ist bereits jetzt gängige Praxis, das ECDC zu den Sitzungen des Rates der Gesundheitsminister einzuladen, um Fragen zu beantworten und Ratschläge zu erteilen.

Die Frage, welche Maßnahmen sich als am wirksamsten erwiesen haben, ist schwer zu beantworten, denn manchmal kann eine Maßnahme eine andere entweder positiv oder negativ beeinflussen.

Bob Van den Bos

OLOF PALME INTERNATIONAL CENTER

Der Vorsitzende des VEM, Klaus Hänsch, der den Besuch ehemaliger MdEP in Stockholm leitete, zollte Schweden für seinen progressiven Einfluss in der Welt Anerkennung. Er sprach über die Bedeutung Schwedens bei der Entwicklung der Europäischen Union und erklärte: „Ich bin fest davon überzeugt, dass Ihr Land zusammen mit allen anderen Europäern die Kraft und den Willen hat, unseren Kontinent als globale Heimat der Freiheit und des Friedens, der Sicherheit und der Gerechtigkeit, des wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens, der Klimaresistenz und der Energiesicherheit zu bewahren“.

Klaus Hänsch, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, sprach bei dem Treffen in Stockholm über die feierliche Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union am 10. Dezember 2012 in Oslo. Mit dem Preis wurde der über sechs Jahrzehnte währende Einsatz der EU für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte gewürdigt.

Das Olof Palme International Center, das 1992 in Stockholm gegründet wurde, ist nach dem ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten benannt, um sein Leben und seine Arbeit zu würdigen, insbesondere aber, um den „Common Security“-Gedanken, die Idee von einer „gemeinsamen Sicherheit“, zu fördern. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stellte Olof Palme als schwedischer Ministerpräsident die Idee in Frage, dass Sicherheit auf militärischer Stärke, einschließlich Massenvernichtungswaffen, beruhe. Vielmehr war er der Auffassung, Grundlage müsse eine gemeinsame Sicherheit sein, für die es gelte, den Klimawandel, die globale Erwärmung, Armut und Ungleichheit, die mangelnde Befähigung der Frauen zur Selbstbestimmung und den Terrorismus zu bekämpfen.

Palme vertrat die Ansicht, dass „militärische Gewalt kein legitimes Mittel zur Lösung von Streitigkeiten zwischen Nationen“ ist und „Sicherheit nicht durch militärische Überlegenheit erlangt werden“ kann. Er engagierte sich für den Frieden in Südafrika und im Nahen Osten und die Vereinten Nationen setzten eine Kommission für gemeinsame Sicherheit mit Olof Palme als Vorsitzenden ein.

Der ehemalige Ministerpräsident wurde im Februar 1986 ermordet, nachdem er mit seiner Frau ein Kino besucht hatte, und es ist nach wie vor unklar, wer der Täter war. In Reaktion auf die Tragödie der Ermordung Palmes wurde in Leeds, wo der politisch engagierte Student Palme die örtliche Universität besucht hatte, eine jährliche Friedensvorlesung eingeführt.

Seit dem tragischen Tod von Olof Palme im Februar 1986 kommen Referenten nach Leeds, um Palmes Idee von einer gemeinsamen Sicherheit zu fördern, darunter auch Lisbet Palme, die aus Stockholm nach Leeds kam, John Hume aus Nordirland und US-Senator George Mitchell.

Die Palme-Vorlesung in Leeds im Jahr 2022 stand ganz im Zeichen des 40-jährigen Bestehens der UN-Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen von Olof Palme und wurde von der Generalsekretärin des Olof Palme International Center Stockholm, Anna Sundstrom, die vormals politische Beraterin im schwedischen Außenministerium war, gehalten.

Ich hatte die Ehre, das Zentrum besuchen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennenlernen zu dürfen, die sich für Frieden, Demokratie und Menschenrechte im Nahen Osten, in Südostasien und in Südafrika einsetzen und in der Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Regionen engagiert sind. Das Zentrum wurde 1992 von der schwedischen sozialdemokratischen Partei mit Unterstützung von Gewerkschaften und Genossenschaftsverbänden gegründet.

Es kam zu einem exzellenten Austausch, als zwei Mitglieder des Zentrums zur gesamten Gruppe ehemaliger MdEP sprachen, und ich hoffe, dass dies zu einer Stärkung der Beziehungen sowohl zu aktuellen als auch zu ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und zur Förderung der Idee von einer gemeinsamen Sicherheit im Interesse des Lebens auf unserem Planeten beitragen wird.

Michael McGowan

JENSEITS DES BREXIT: EIN BRITEN WAGT EINEN BLICK NACH VORN

Der Studienbesuch in Stockholm war mein erster Besuch seit ich das Parlament 1999 verlassen habe. Ich war mir nicht sicher, was mich erwartet; erschwerend hinzu kam noch das Wissen um den Austritt meines Landes aus der EU. Einer der Gründe, weshalb ich mich für den Besuch entschieden habe, war, dass ich herausfinden wollte, was andere Europäerinnen und Europäer über die britische Entscheidung, die EU zu verlassen, denken. Das Thema beschäftigt unser Land seit dem Referendum im Jahr 2016, aber ich weiß nicht, wie dies andernorts gesehen wird.

Ich war erfreut, dass mehrere ehemalige Kolleginnen und Kollegen beim Besuch dabei waren, die während meines eigenen Mandats geachtete MdEP waren. Sie sprachen freundlicherweise Englisch und gaben bereitwillig Einblicke, wie Großbritannien von unseren Nachbarn inzwischen gesehen wird. Sie waren sich bewusst, dass es einen Unterschied zwischen dem Verhalten unserer Regierung, das zumindest von einer Person als „kindisch“ bezeichnet wurde, und dem britischen Volk gibt. Es wurde sehr deutlich, dass sie alle hofften, das Vereinigte Königreich werde eines Tages wieder der EU beitreten.

Das Treffen mit den Schweden, von denen viele in die Verwaltung des schwedischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union eingebunden waren, war eine Herausforderung. Zunächst einmal waren sie alle erheblich jünger. Sie leben in einer EU, wie sie jetzt ist, nicht, wie sie früher war. Großbritanniens Austritt wurde nur erwähnt, wenn das Thema von mir spezifisch angesprochen wurde; für sie ist ein Europa ohne Großbritannien ganz normal. Auf meine Frage hin machten sie deutlich, dass sowohl Großbritannien als auch die EU durch den Brexit verloren hätten.

Die Schweden erläuterten die Prioritäten ihres Ratsvorsitzes. Zusammenfassend, so wurde erklärt, gehe es darum, dass Europa „sicherer, grüner und freier“ werden soll. Es war keine Überraschung, dass das Thema Sicherheit für sie an erster Stelle steht. Dies hatte jedoch zur Folge, dass sie, genau wie das Nachbarland Finnland, ihr langjähriges Bekenntnis zur Neutralität neu bewerten und deutlich machen mussten, dass Schweden an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer steht. Die Schweden sehen ihren Antrag auf eine NATO-Mitgliedschaft als Teil eines Bekenntnisses zur Sicherheit Europas.

Ich fragte erneut nach einer künftigen britischen Beteiligung. Die Schweden sind sich bewusst, dass eine Vollmitgliedschaft keine Option mehr ist, da sie ähnliche Probleme hatten, als es um den Beitritt zum Euro-Währungsgebiet ging. Sie begrüßten den jüngsten ausgereiften Ansatz, insbesondere im Hinblick auf Nordirland, wünschten sich aber auch eine engere Zusammenarbeit beim Forschungsprogramm „Horizont Europa“, beim Austauschprogramm für Studierende „Erasmus“ und beim Thema Sicherheit.

Während unseres Aufenthalts in Stockholm besuchten wir auch das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, eine Agentur der Europäischen Union, um aus erster Hand von den unglaublichen Anstrengungen zu erfahren, die die Agentur während der Pandemie unternommen hat, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Auch hier wurde wieder die Hoffnung geäußert, dass das Vereinigte Königreich in naher Zukunft eine Vereinbarung unterzeichnet, die es dem Vereinigten Königreich und der EU erlaubt, wieder gemeinsam an der Bekämpfung von Infektionskrankheiten zu arbeiten.

Ein Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern des Olof Palme International Center bot die Gelegenheit, einen Blick über den Tellerrand der EU hinaus auf andere Teile der Welt zu werfen. Das in Gedenken an den verstorbenen schwedischen Ministerpräsidenten gegründete Zentrum wird von der schwedischen sozialdemokratischen Partei und ihren Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen finanziert. Es unterstützt Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten in Entwicklungsländern.

Ich werde höchstwahrscheinlich nicht mehr erleben, dass Großbritannien der EU erneut beitrifft, aber es ist klar, dass wir enger zusammenarbeiten können. Unsere Nachbarn in Europa wünschen sich eine solche engere Zusammenarbeit sehr. Eine gemeinsame Zukunft ist möglich.

David Hallam

JUNGE MENSCHEN SOLLEN TRÄUMEN DÜRFEN

Es erscheint wichtiger denn je, zusammenzuhalten, Zuversicht zu schöpfen und sich zu trauen, einen Traum zu verfolgen. Klaus Hänsch schildert die Herausforderungen, mit denen die EU heute konfrontiert ist, und betont, wie wichtig es ist, dass sich Länder nicht zurückentwickeln und in Protektionismus verfallen.

Die Welt, in der meine Juniorbotschafter vom Riksgymnasiet im schwedischen Örebro aufwachsen, ist eine Welt der Klimakrise, und daher wissen sie, dass sie hart arbeiten müssen, um das Klima zu verbessern. Sie wissen, dass jeder Ort in Zukunft von Klimakatastrophen betroffen sein und unbewohnbar werden kann, manchmal nur für eine gewisse Zeit, manchmal aber vielleicht auch für immer. Sie wissen, dass wir unser Zuhause an andere Orte verlegen, aber auch Menschen willkommen heißen müssen, deren Zuhause zerstört wurde. In einer solchen Welt beruht das Gefühl der Sicherheit auf der Tatsache, dass 27 Länder bereit sind, einander bei der Schaffung eines neuen Zuhauses, einer globalen Heimat, zu helfen.

Charlotte Cederschiöld betonte, dass wir trotz eines unterschiedlichen Hintergrunds dieselben Wünsche und Träume haben und dass es wichtig ist, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit einzufordern. Bislang war es unvorstellbar, dass sich die Entwicklung in Richtung Demokratie umkehren könnte. Meine Schüler wachsen in einer Welt auf, in der es wichtig ist, die Menschenrechte zu verteidigen. Sie fragen, was sie tun können, um mitzuhelfen, diese Rechte in anderen Ländern zu verteidigen, und sie fragen, was passiert, wenn auch Schweden die falsche Richtung einschlagen sollte. Wie wird unser Leben aussehen, wenn fremdenfeindliche Parteien gewinnen und uns ein Menschenrecht nach dem anderen wieder wegnehmen?

Die Europäische Union leistet weltweit einen sehr großen Beitrag, weshalb auch die Juniorbotschafter mit ihren eigenen Vorhaben etwas bewirken wollen. Sie haben Geld gesammelt und damit die Schulgebühren für ein Mädchen in Gambia bezahlt, mit dem sie sich schreiben. Von der Schülerin in Afrika haben sie erfahren, dass die einzigen Möbel, die ihre Familie besitzt, zwei Stühle und ein Teppich sind. Die ganze Familie schläft auf dem Teppich. Das Mädchen, für dessen Schulbildung wir aufkommen, hat dieselben Träume wie die Schüler hier. Es träumt davon, eine professionelle Fußballspielerin zu werden und zu studieren, um Lehrerin zu werden und anderen dabei helfen zu können, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Die Bedingungen für Schüler sind in diesen beiden Ländern grundverschieden, aber ihre Träume sind die gleichen.

Jedes Land steht vor seinen eigenen Herausforderungen. Hier haben die Juniorbotschafter auch Kleidung für schutzbedürftige Frauen und Kinder in Örebro gesammelt. In jedem Land gibt es Menschen, die Hilfe benötigen, und wenn wir alle dazu beitragen, werden wir letztendlich gemeinsam eine sicherere Welt schaffen.

Noch vor Kurzem schien ein Krieg in Europa unvorstellbar zu sein. Ich wünsche mir, dass meine Schülerinnen und Schüler niemals in sinnlosen Kriegen ihr Leben verlieren werden. Der Krieg in der Ukraine erinnert uns an die Verantwortung aller, den Frieden zu erhalten.

Ich habe einen Traum, sang Alojz Peterle, bevor er mit seiner Rede begann, bei der einer der Grundwerte der EU, nämlich „In Vielfalt geeint“, im Mittelpunkt stand. Wir unterscheiden uns alle voneinander, selbst im selben Land können wir uns in unseren Werten, unserem Hintergrund, unserer Religion und unserer Kultur voneinander unterscheiden. Das Recht, anders zu sein, ist das, was uns gemeinsam stark macht.

Die EU wird künftig vor zahlreichen Herausforderungen stehen, dem Krieg in der Ukraine, den Folgen der Pandemie, der Inflation und der Aushöhlung der Menschenrechte.

Trotz alledem ist die EU stark und hat Solidarität bewiesen, und das in einer Zeit, in der die Lage am widrigsten ist. Deshalb möchte ich mit Peterles Worten enden, der darauf hingewiesen hat, wie wichtig es ist, dass „junge Menschen träumen dürfen“.

Sie müssen sich trauen, von einer besseren Welt und einer sicheren Zukunft zu träumen und zu erkunden, was sie zum eigenen Glück brauchen.

Kristina Jöblom

Sekundarschullehrerin (Schwedisch, Sozialkunde und Recht) am
Riksgymnasiet für Gehörlose und Hörgeschädigte, Schulbotschafterin für
die EU.

VORTRAG VOR DEN SCHÜLERN DER SEKUNDARSCHULE DES INSTITUTS "FRANCO SACCHETTI"

Nach der Zwangspause wegen der COVID-19-Pandemie war es sehr schön, ins Historische Archiv der Europäischen Union in Florenz zurückzukehren und die Treffen mit Schülern wiederaufzunehmen, die im Archiv organisiert werden, um jungen Menschen aus verschiedenen Schulen und Klassen die europäischen Realitäten näherzubringen.

Bei diesen Treffen findet ein Meinungs- und Informationsaustausch zwischen Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die zur Teilnahme an der Sitzung eingeladen wurden, und jungen Schülern statt.

Dieses Jahr hatte ich die Gelegenheit, Schüler der Klasse 2a der Sekundarschule „Istituto Franco Sacchetti“ aus San Miniato kennenzulernen, und habe dabei festgestellt, dass sie zwar noch recht jung, jedoch interessiert und aufmerksam waren. Sie waren nicht nur voller Neugier, sondern verfügten dank ihrer ausgezeichneten Lehrer bereits über ein reichhaltiges Wissen über die Europäische Union. So hatten sie auch eine Chronologie der historischen Prozesse erstellt, die von der Gründung der Wirtschaftsgemeinschaft zur heutigen Europäischen Union geführt haben.

In Bezug auf diese Chronologie, die sorgfältig und präzise formuliert war, schlug ich vor, zu den wichtigsten Ereignissen auch Deutschlands Wiedervereinigung nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 und den Europäischen Konvent hinzuzufügen, der in einem Verfassungsentwurf mündete, der in Rom von den Staats- und Regierungschefs und den Parlamentariern unterzeichnet wurde, die, wie auch ich am Konvent teilgenommen hatten. Diese Verfassung konnte am Ende nicht in Kraft treten, da sie jeweils in einem Referendum in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde.

Zu den in der Abfolge der europäischen Integrationsprozesse genannten Ereignissen ist hinzuzufügen, dass nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags der Vertrag von Lissabon an dessen Stelle trat, der außerordentlich wichtig ist, weil damit dem Europäischen Parlament mehr Befugnisse eingeräumt wurden. Obwohl das Europäische Parlament das einzige EU-Organ ist, das von den Bürgern direkt gewählt wird, hat es stets ein Demokratiedefizit bemängelt. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde dieses Defizit teilweise behoben, auch wenn der Rat im Vermittlungsverfahren immer noch nicht jedes Mal das berücksichtigt, wofür das Parlament mehrheitlich gestimmt hat.

Während der Debatte hatte ich Gelegenheit, die jungen Menschen an die Bedeutung der Erweiterung der EU um die Länder Mittel- und Osteuropas zu erinnern, die früher zur ehemaligen Sowjetunion oder deren Einflussbereich gehörten, und zwar nicht zuletzt angesichts des blutigen Angriffskriegs, den Russlands in der Ukraine führt, und seiner Folgen.

Die jungen Menschen hatten außerdem das Thema des Brexit studiert, das sie auf dem Treffen mit den Anwesenden vertiefen konnten.

Frau Dr. Hernández hatte eine nette Idee, denn sie bat jeden der Schüler und auch mich als Gastrednerin einen Gegenstand oder ein Bild davon mitzubringen, was sinnbildlich für eine kleine persönliche oder familiäre Geschichte steht. Jemand brachte das Foto des Weinbergs seines Großvaters mit, das Symbol einer Tradition, jemand anders das Bild des Tisches zuhause, wo sich die ganze Familie versammelt, und ein anderer wiederum ein Buch. Ich habe den Jugendlichen das Gebet des Heiligen Franziskus mitgebracht, das für mich schon immer ein anzustrebendes Ideal darstellte, vor allem, wenn dort steht: „Oh Herr, mach mich zu einem Werkzeug deines Friedens, dass ich liebe, wo man hasst; dass ich verzeihe, wo man beleidigt; dass ich verbinde, wo Streit ist; dass ich die Wahrheit sage, wo Irrtum ist; dass ich Glauben bringe, wo Zweifel droht; dass ich Hoffnung wecke, wo Verzweiflung quält“.

Die Organisatoren haben mich außerdem gefragt, welches Lied, welche Strophen mir am meisten aus dem Herzen sprechen, und ich habe das Chanson „Je ne regrette rien“ von Edith Piaf ausgewählt, in dem es heißt: „Nein, ich bereue nichts, nicht das Gute, das man mir getan hat, nicht das Schlechte, das Alles ist mir relativ egal“

Zusammenfassend noch einmal ein herzliches Dankeschön für diese Initiative, die seit Jahren im Archiv der Europäischen Union stattfindet, einem Archiv, zu dessen Besuch wir alle einladen, weil es eine einzigartige Einrichtung ist. Ich hoffe, bald wieder herkommen zu können, und verbinde dies mit einem aufrichtigen Dank an die Bediensteten und die Lehrer der Jugendlichen für ihre Arbeit, und natürlich auch an die Jugendlichen selbst, von denen wir hoffen, dass sie sich weiterhin mit der EU befassen werden, damit Europa durch ihr Engagement politisch immer mehr vereint wird.

Die Jugend ist unsere Hoffnung, die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft, lassen Sie uns das nicht vergessen!

Cristiana Muscardini

D. Netzwerk der ehemaligen Mitglieder

BESUCHE VON MITGLIEDERN DER EUROPÄISCHEN VEREINE EHEMALIGER MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN PARIS, STOCKHOLM UND OSLO

In den ersten Monaten dieses Jahres gab es mehrere Aktivitäten, an denen unser Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (AAD) maßgeblich beteiligt war. Es handelt sich um Zusammenkünfte unseres Schwestervereins FP-AP, an denen wir teilgenommen haben. Es war das erste Mal, dass mehrere dieser Initiativen von beiden Vereinen ins Leben gerufen und organisiert wurden. Es sollte klargestellt werden, dass eine beträchtliche Anzahl ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments beiden Vereinen angehört. Das war zumindest mein Fall: Zunächst war ich Mitglied und sogar Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und dann drei Wahlperioden lang Mitglied des Europäischen Parlaments. Aber mein Fall war keine Ausnahme: Einem guten Dutzend ehemaliger Mitglieder des Parlaments, die wir oft bei verschiedenen Veranstaltungen treffen, ging es ebenso. Viele der Kolleginnen und Kollegen, die in beiden Institutionen tätig waren, haben entscheidend zu den Bemühungen, eine optimale Zusammenarbeit zwischen den beiden Vereinen zu erreichen, beigetragen. Klar ist, dass sich eine solche Zusammenarbeit ausgesprochen positiv auf die Formulierung gemeinsamer Standpunkte und vor allem die wirksame Arbeit derjenigen von uns auswirkt, die sich in verschiedenen Bereichen bereit erklärt haben, sich dem Aufbau der Gemeinschaft – der Europäischen Union – zu widmen. Dies geschieht beispielsweise im Europarat, dessen Identität unersetzlich und ständig aktuell ist, auch mit Blick auf die Weiterentwicklung von Werten wie die Verteidigung der Menschenrechte, was als grundlegende Aufgabe des Europarates auch relevant für das gesamte Bestehen und Handeln der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten ist und weiterhin sein muss.

Ich beziehe mich auf mehrere Aktivitäten, die in verschiedenen Hauptstädten unseres Kontinents stattgefunden haben, und an denen Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder unseres Vereins AAD sind, teilgenommen haben. Es sei daran erinnert, dass die erzielten Fortschritte dazu beigetragen haben, die Teilnahme der Mitglieder beider Vereine an den genannten Aktivitäten zu fördern, und dass die Wirksamkeit der getroffenen Entscheidungen und Schlussfolgerungen von allen betroffenen ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments anerkannt wird.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Veranstaltungen, auf die wir uns im Folgenden beziehen werden, in drei verschiedenen Ländern, zu verschiedenen Terminen und mit unterschiedlicher Beteiligung stattgefunden haben oder stattfinden werden.

Die erste Zusammenkunft, die ich nennen möchte, ist die Versammlung des Vereins FP-AP, die vom 22. bis 24. Februar in Paris stattfand. Am bemerkenswertesten für einige von uns ist vielleicht die Tatsache, dass eine Delegation unseres Vereins ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments, zu der auch ich und meine Kollegin Teresa Riera gehörten, zusammen mit den ehemaligen Mitgliedern der nationalen Parlamente, die einst Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarats waren, als Vertreter mit vollen Rechten an dieser Versammlung teilnahm. Im Rahmen dieser Zusammenkunft fanden zwei Sitzungen statt, eine größere am 24. Februar in der französischen Nationalversammlung, dem Unterhaus des französischen Parlaments, und eine weitere im französischen Senat, die uns am 23. Februar zusammenführte. Abgerundet wurde diese Zusammenkunft durch einen sehr interessanten Ausflug in die benachbarte Stadt Marne-la-Vallée am 22. Februar, wo wir die Gelegenheit hatten, mit französischen Behörden verschiedener Ebenen zu sprechen. In unserer Gastgeberstadt besuchten auch das faszinierende Château de Ferrières-en-Brie. Bei diesen Treffen herrschte eine ausgezeichnete Atmosphäre, die sich durch Kooperation und Freundschaft kennzeichnete. Es gab jedoch zwei Themen, die weniger einstimmig behandelt wurden, was einige von uns wahrscheinlich überrascht hat. Eines dieser Themen war die Situation des Kollegen Pier Antonio Panzeri und die gegen ihn verhängte Sanktion, aufgrund der er praktisch aus unserem Verein, in dem er Vorstandsmitglied gewesen war, ausgeschlossen wurde. Es gab zwar keine grundsätzlichen Unstimmigkeiten zwischen den anwesenden Kolleginnen und Kollegen, aber bei einigen Beiträgen kamen Nuancen zum Ausdruck, mit denen die sonstigen Anwesenden möglicherweise nicht gerechnet hatten. Etwas Ähnliches geschah im Zusammenhang mit der Invasion der Ukraine durch Putins Russland. Diesbezüglich wurde eine eindeutige und strenge Entschliebung zur Verurteilung der Invasion angenommen. Obwohl in dem schließlich angenommenen Text die angreifende Macht recht scharf verurteilt wurde, gab es doch drei oder vier Beiträge, die weniger eindringlich waren als der Standpunkt der Mehrheit der Anwesenden.

Die wichtigsten Punkte der Sitzung in Paris waren die Feststellung des Haushaltsplans für das Jahr 2023 sowie die Änderung und Klärung einiger Punkte des Geschäftsordnung und der Satzung des Vereins FP-AP. Außerdem wurde auf der Versammlung ein Workshop zum Klimawandel einberufen, der Ende September in Lugano in der Schweiz stattfinden soll. Am Ende des Treffens übergab unser französischer sozialistischer Kollege Jean-Pierre Fourré den FP-AP-Vorsitz an unseren österreichischen konservativen Kollegen Walter Schwimmer, dem er als Vizepräsident zur Seite stehen wird.

Vom 4. bis 6. Mai 2023 nahm ich auch an der Reise nach Oslo teil, wo FP-AP ein Seminar mit dem Titel "Stehen Demokratien heute unter Druck?" veranstaltete. Wir diskutierten über die Rolle, die ehemalige europäische Parlamentarier aller Art bei der Verteidigung und Förderung des kontinentalen Koordinierungsprojekts, zu dem die EU geworden ist, und vielleicht vor allem bei der Förderung der Werte, die wir als Markenzeichen der EU proklamieren, spielen können.

Miguel Angel Martinez Martinez

VERANSTALTUNG AN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT TALLINN IM RAHMEN DES PROGRAMMS „EP TO CAMPUS“ AM 16. FEBRUAR 2023

Die 1918 gegründete Technische Universität Tallinn (TalTech) ist die einzige technische Hochschule in Estland. Sie ist eine Hochschule für Ingenieurwesen, Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und maritime Angelegenheiten. An dem Besuch, der im Rahmen des Programms „EP to Campus“ an der Fakultät für Rechtswissenschaften der TalTech veranstaltet wurde, nahmen die Studierenden, die den Kurs über vergleichendes Verfassungsrecht und Menschenrechte der Juristischen Fakultät belegen, sowie Studierende der TalTech School of Business und Governance teil.

Nach einer Präsentation über die Architektur der europäischen Organe haben wir konstruktiv und interaktiv über die konkrete Funktion eines Mitglieds des Europäischen Parlaments sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene diskutiert. Mit Freude habe ich beobachtet, dass junge Menschen sich für europäische Politik insgesamt interessieren, insbesondere aber auch für die konkreten Aufgaben eines Politikers, der ihre Rechte und Interessen auf europäischer Ebene vertritt. Wir waren uns alle einig, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Repräsentativität für eine ausgewogene Entscheidungsfindung sehr wichtig sind, und die Europäische Union hat in dieser Hinsicht bedeutende Schritte unternommen.

Besonders haben wir die Rolle des Europäischen Parlaments in der Beschlussfassung der EU untersucht. Die Studierenden brachten zahlreiche Fragen über die Notwendigkeit, dass jeder Mitgliedstaat eine Reihe von Vertretern im Europäischen Parlament, auf der Ebene der Kommission und in den europäischen Organen im Allgemeinen hat, damit er seine nationalen Interessen verteidigen kann, in die Diskussion ein.

Da die Studierenden sich mit vergleichendem Verfassungsrecht auskennen, sprachen sie die Gefahr an, dass die nationale Souveränität in der europäischen Einheit und Vielfalt verloren geht oder eingeschränkt wird.

Auch die Digitalisierung wurde lebhaft diskutiert, zumal Estland einer der am stärksten digitalisierten EU-Mitgliedstaaten ist. Estland ist das einzige Land der Welt, in dem 99 % der öffentlichen Dienstleistungen rund um die Uhr online verfügbar sind.

Die einzigen öffentlichen Tätigkeiten, die in Estland nicht online durchgeführt werden können, sind Eheschließungen, Scheidungen und Immobilientransaktionen. Wenn eine Person jedoch beispielsweise den Familiennamen ihres Lebenspartners annehmen möchte, kann sie sich registrieren, um vor der Eheschließung die erforderlichen Dokumente zu erhalten. Alles mit Ausnahme der Unterzeichnung der Eheschließung selbst kann also online gelöst werden. Estland gehört zu den weltweit führenden Ländern in den Bereichen Digitalisierung, Cybersicherheit oder autonomes Fahren, hat erfolgreich die Möglichkeit eingeführt, online zu wählen, und bietet selbst Menschen, die nicht in Estland leben, eine digitale Staatsangehörigkeit an.

Auf der Konferenz GoTech World 2022, der größten Messe für Fachleute im Bereich IT und Digitales in Rumänien, erklärte Kersti Kaljulaid, die erste Präsidentin in der Geschichte Estlands, gegenüber Euronews: „Die Infrastruktur für digitale Signaturen ist eine digitale ID, mit der Dokumente online unterzeichnet und Informationen authentifiziert und verschlüsselt werden können. Dafür braucht man einfach nur einen digitalen Pass.“

Da Estland an Russland und Rumänien an die Ukraine grenzt, waren die Studierenden sehr besorgt über den Krieg zwischen Russland und der Ukraine sowie über die Risikomarge der Nachbarländer der beiden an bewaffneten Aggressionen beteiligten Staaten, die Mitgliedstaaten der EU sind, und die Maßnahmen, die die Kommission unter diesem Aspekt ergriffen hat, um ihre Mitglieder vor einem bewaffneten Angriff zu schützen, sowie humanitäre Hilfe und jede andere Art von Unterstützung, die der Ukraine oder den Beziehungen zwischen Russland und der EU gewährt wird. In diesem Zusammenhang erwähnte ich die Maßnahmen der Kommission, die gegen Russland verhängten Sanktionen und die Entschließung des Europäischen Parlaments.

Maria Gabriela Ioana

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND DER UKRAINE IN ZEITEN DES KRIEGES

Ich habe in vielen Teilen der Welt an Gesprächen teilgenommen und Vorträge gehalten – auch an einigen ungewöhnlichen und potenziell gefährlichen Orten. Zum ersten Mal bin ich vom Veranstalter gewarnt worden, dass ich durch Luftangriffe unterbrochen werden könnte. Ich habe auf einer mit Unterstützung des VEM organisierten Konferenz in der Ukraine zum Thema der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine in Kriegszeiten gesprochen. Zum Glück konnte ich meinen Vortrag halten und Fragen beantworten, ohne durch die Bomben und Raketen von Präsident Putin gestört zu werden. Es zeugt jedoch vom Mut und der Widerstandsfähigkeit der Menschen in der Ukraine, dass Hochschulmitarbeiter und Studierende dazu bereit waren, an einer Konferenz teilzunehmen, während ihre Welt im wahrsten Sinne des Wortes in die Luft fliegen könnte.

Ich habe bemerkt, dass man in der Ukraine offensichtlich und nachvollziehbarer Weise frustriert ist, da sich wichtige Entscheidungen über die Bereitstellung der von der ukrainischen Führung geforderten militärischen Ausrüstung hinziehen. Das jüngste Beispiel ist die Kontroverse um die Lieferung von Panzern. Eine ähnliche Debatte über die Lieferung von Kampfflugzeugen ruft genau so viel Frust hervor. Warum dauert es so lange, bis westliche Staaten die notwendigen Entscheidungen treffen? Diese Debatte betrifft den Kern der Frage, wie die EU in Zeiten des Krieges funktioniert.

Die GASP hat meiner Ansicht nach viel besser funktioniert als erwartet und war sicherlich effektiver als in früheren Konflikten, an denen EU-Staaten beteiligt waren. Die EU hat zur Lage in der Ukraine eine Reihe unterstützender Entschlüsse angenommen und sich dazu verpflichtet, die Ukraine und das ukrainische Volk so lange gegen den anhaltenden Angriffskrieg Russlands zu unterstützen, wie es nötig ist. Vermutlich hat die EU aber aus Sicht von Präsident Selenskyj ihren Worten keine Taten folgen lassen, da zwischen ihren Äußerungen und ihrer tatsächlichen Unterstützung – zumindest in militärischer Hinsicht – eine Lücke klafft.

Dennoch hat die EU humanitäre, politische, finanzielle und militärische Hilfe geleistet und umfangreiche wirtschaftliche Sanktionen erlassen. Dabei stehen meine ehemaligen Kollegen im Europäischen Parlament stets an vorderster Front bei den Bemühungen zur Unterstützung der Ukraine und sie haben sich auf ein Darlehen in Höhe von 18 Mrd. EUR für 2023 geeinigt.

Dennoch wird all dies von der Führung der Ukraine noch immer nicht als ausreichend angesehen. Warum ist das so? Die außenpolitische Seite der GASP hat in der Regel in Bezug auf Politikgestaltung, Initiativen und Entschlieungen gut funktioniert. Was fehlt, ist das praktische Engagement für die Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, mit der in die Praxis umgesetzt werden kann, was im Grundsatz vereinbart wurde.

Die einzelnen Mitgliedstaaten der EU überlegen sich – wie fast alle souveränen Staaten – sehr genau, wann sie ihre Streitkräfte in kriegерischen Auseinandersetzungen einsetzen und die Verwendung ihrer militärischen Ausrüstung erlauben. Der Einsatz der Streitkräfte und der militärischen Ausrüstung von Staaten ist im Wesentlichen eine innenpolitische Frage. Staaten behalten das Recht, die von ihnen hergestellte oder beschaffte militärische Ausrüstung zu exportieren. Die Entscheidung über den Export von Ausrüstung liegt bei den Regierungen der Mitgliedstaaten und kann noch nicht auf EU-Ebene in Brüssel entschieden werden. Im Falle der in Deutschland gebauten Leopard-Panzer konnten selbst überschüssige Panzer im Eigentum Polens nicht ohne vorherige Zustimmung aus Berlin in die Ukraine exportiert werden.

Der Mut der ukrainischen Bevölkerung hat die Grenzen der praktischen Zusammenarbeit der EU im Bereich Verteidigung und Sicherheit deutlich gemacht. In einer Zeit, in der sich die Politik in den meisten europäischen Ländern auf innenpolitische Fragen konzentriert, die Einwanderung, Gesundheit und Wirtschaftswachstum betreffen, wird die Erfahrung der Ukraine eine Lehre sein, dass es sich kein Land oder keine internationale Organisation leisten kann, externe Bedrohungen zu ignorieren. Für die EU bedeutet dies den Aufbau einer praktischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die nicht unbedingt der Innenpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten unterliegt und die genutzt werden kann, wenn Bedrohungen für die europäische Nachbarschaft bestehen.

Der Krieg in der Ukraine ist auch Europas Krieg.

Geoff Hoon

PROGRAMM „EP TO CAMPUS“

14. MÄRZ 2023 IN IASI, RUMÄNIEN

Es war das erste Mal nach der COVID-19-Pandemie, dass wieder ein „persönliches“ Treffen mit Studierenden möglich war.

Vor der COVID-19-Pandemie war ich für das EP im Rahmen des Programms „EP to Campus“ bereits in Polen, Frankreich und Bulgarien gewesen. Als ich Rumänien auf der Liste des VEM gesehen habe, hat das meine Aufmerksamkeit geweckt, da mein jüngster Sohn inzwischen mit einer Rumänin verheiratet ist. Auch die Beschreibung fand ich sehr verlockend: New trends in EU Economics. Aber von der Universität und der Stadt Iasi hatte ich noch nie gehört. Eine kurze Recherche ergab, dass es sich dabei um die alte historische Hauptstadt des Königreichs Moldau handelte. Eine prachtvolle Stadt mit einer langen und bewegten Geschichte.

Die heutige Universität Alexandru Ioan Cuza (UIAC) wurde 1860 gegründet und war die erste moderne rumänische Universität. Die Bibliothek ist weltberühmt. Ich wurde dort von Professor Constantin-Marius Apostoae und Professorin Irina Bilan von der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften empfangen. Ich konnte im universitätseigenen Hotel nicht weit vom Campus unterkommen. Der Titel meines Vortrags lautete letztendlich: „Guiding steps for the next generation of smarter and more engaged citizens in a Sustainable European Union“. Ich habe mich daher vor allem auf den Grünen Deal und das Programm „Fit für 55“ konzentriert, aber auch auf aktuelle Fragen: das Gesetz zu kritischen Rohstoffen und das Gesetz über die klimaneutrale Industrie. Ich bin auch auf den Wettbewerb im Umweltbereich mit den Vereinigten Staaten eingegangen, der durch ihre neuen Rechtsvorschriften bestimmt wird: den Inflation Reduction Act, um die Inflation zu bekämpfen und die Industrie umweltfreundlich zu gestalten.

Insbesondere wollte ich mit den Studierenden in Dialog treten, da sie eine neue industrielle Revolution erleben werden. Die EU möchte bei der Umsetzung des Pariser Klimaschutzübereinkommens weltweit führend sein und bis 2050 zum ersten Kontinent ohne CO₂-Emissionen werden. Ich wollte eine positive Botschaft senden. Diese Botschaft ist in Rumänien nicht offensichtlich. Es gibt aber auch das Programm für einen gerechten Übergang und Unterstützung für die Regionen und Mitgliedstaaten, die Schwierigkeiten haben. Ich wollte klarstellen, dass sie in der neuen nachhaltigen Industriepolitik berücksichtigt werden: Leaving no-one and nobody behind.

Ich habe zwei Sitzungen für rund 20 Studierende abgehalten, am Vor- und am Nachmittag. Am Nachmittag waren viele Studierende aus Rumänien im Saal. Sie können nach einem Auswahlverfahren einen Studienplatz in Rumänien erhalten. Sie sind hoch motivierte Studierende. Moldau strebt eine Mitgliedschaft in der EU an und ist seit 2022 ein Bewerberland. 2010 war ich dort als Wahlbeobachter für die OSZE und war Zeuge einer Demonstration junger Menschen mit einer Europaflagge. Es besteht die Befürchtung, dass Moskau das Land destabilisiert.

Dies ist eine geopolitische Frage, so nahe der Ukraine. Die EU sollte nicht naiv sein und Moldau so bald wie möglich in die EU aufnehmen.

Das ist eine dringliche Angelegenheit, die der VEM möglicherweise zur Sprache bringen kann. Es würde die Zukunft dieser jungen Menschen drastisch verändern, und das Land würde auch für Rumänien zu einem noch wichtigeren Handelspartner werden. Aber auch historisch gesehen ist diese Region Teil der EU, wovon die zahlreichen prächtigen Denkmäler in Iasi, dieser Stadt ganz im Osten der EU, zeugen.

Jan Dhaene

Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments

F. Rückblick

'The Semi-Detached European' von Michael Hindley, erschienen bei Manipal Universal Press (Mai 2021)

Das Leben und der Werdegang des Autors dieses Buches verliefen parallel zur Geschichte der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und Europa in der Nachkriegszeit. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat er zunächst als Student und später als Politiker und Hochschuldozent die komplexen historischen, wirtschaftlichen und politischen sowie sozialen und psychologischen Entwicklungen miterlebt, die ihn zu dem Titel des Werks inspiriert haben. „Semi-Detached European“ (halb freistehende Europäer) ist nämlich die treffende Bezeichnung für einen in vielerlei Hinsicht wahrhaft zweideutigen Zustand des Vereinigten Königreichs, das sich nie ganz innerhalb, aber auch nie ganz außerhalb des sogenannten europäischen Mainstreams befunden hat.

Ich habe das brillante Buch des Parlamentskollegen Michael Hindley in einem Zug durchgelesen, das durch die Ereignisse der letzten Jahre noch an Aktualität und Relevanz gewonnen hat. Durch die Pandemie ist es nämlich inzwischen zu einer noch deutlicheren Trennung zwischen Großbritanniens und Europa gekommen, vor allem für diejenigen, deren Familie sich wie im Falle des Autors zum Teil nun in einem Europa befindet, das nicht mehr wie früher ohne weiteres zugänglich ist. Dabei ist Michael Hindley einer der profundesten Kenner Europas überhaupt. Er entwickelte früh eine Leidenschaft für die deutsche Sprache und Kultur, heiratete auf dem Höhepunkt der Solidarność-Bewegung seine aus Polen stammende Frau und hat eine Tochter, die mit ihrem italienischen Ehemann und zwei Kindern in Turin lebt. Michael und seine Frau wiederum verbringen einen großen Teil des Jahres in Frankreich.

Den Grundstein für seine politische Karriere im Europäischen Parlament bildete sein Studium der modernen Literatur und des humanitären Völkerrechts. Die logische Folge davon war anschließend sein erfolgreiches Wirken als Publizist und Kolumnist für namhafte internationale Zeitungen und Zeitschriften sowie als Dozent an zahlreichen Universitäten in mehreren Ländern.

Warum hat er dieses Buch zu einem so wichtigen Thema geschrieben, über das im Vereinigten Königreich und in Europa immer noch so heftig gestritten wird?

Mit den Augen eines Außenstehenden wollte er uns die Ereignisse näherbringen, die das Vereinigte Königreich und Europa erst zusammenführten und dann spalteten. Dies verrät uns der Autor in seiner Einleitung und zitiert dabei die folgende Zeile des Dichters Robert Burns: „It is salutary and beneficial to see ourselves as others see us“ (Es ist nur heilsam und vorteilhaft, wenn wir uns so betrachten, wie andere uns sehen.)

In diesem Sinne werden alle Etappen ab dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 über die Suez-Krise im Jahr 1956, als das Vereinigte Königreich allmählich die rasante Erfolgsgeschichte des „Gemeinsamen Marktes“ wahrzunehmen begann, bis zur Lostrennung von der Europäischen Union im Jahr 2017 nachgezeichnet.

Der Autor hat diese Geschichte 15 Jahre lang mitgeprägt, nachdem er 1984 zum Mitglied des Europäischen Parlaments gewählt worden war. Es waren die Jahre der harten Auseinandersetzungen zwischen der konservativen Sichtweise der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und einem sozialen Markt, wie ihn Jacques Delors angestrebt hat. Der Autor hat den Beitritt von Spanien, Portugal, Schweden, Österreich und Finnland, die Einführung einer gemeinsamen Währung, die Unterzeichnung des Schengener Abkommens und den Fall der Berliner Mauer hautnah miterlebt, der zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten führte.

All die Spannungen im Zusammenhang mit der Rolle des Vereinigten Königreichs beim Übergang Europas vom gemeinsamen Markt zu einer Europäischen Union werden mit viel Feingefühl und historischer Klarheit präzise analysiert. In dem Buch gewinnt man erhellende Einblicke in historische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Sachverhalte, die vielen bislang nicht bekannt waren.

Dazu gehört auch die distanzierte und nüchterne Schilderung des 2016 vom damaligen Premierminister Cameron initiierten Brexit-Referendums, mit dem dieser versucht hatte, die Unzufriedenheit eines Teils seiner Partei mit der EU-Politik in den Griff zu bekommen und den wachsenden Stimmenverlust an die nationalistische und populistische Partei UKIP einzudämmen, die Raum für weitere Erörterungen dieses historischen Prozesses lässt.

Isabella De Martini



WELTWEITE BEOBACHTUNGSSTELLEN FÜR DIGITALES

Wie können digitale Zwillinge dazu beitragen, unsere gemeinsame Zukunft in Zeiten zunehmender Ungewissheit und unsicherer Lebensbedingungen zu gestalten?

Manuel Heitor[1] und Teresa Riera Madurell[2]

Wie können fortschrittliche Rechensysteme zusammen mit dem Design und Einsatz digitaler Zwillinge dazu beitragen, unsere gemeinsame Zukunft in Zeiten zunehmender Ungewissheit und unsicherer Lebensbedingungen zu gestalten? Diese Frage diente als Beweggrund für die Veranstaltung der 6. Gago-Konferenz zur europäischen Wissenschaftspolitik am 23./24. Oktober 2023 in Barcelona[3], in deren Rahmen Herausforderungen und Chancen beim Einsatz digitaler Zwillinge in den Bereichen Gesundheit, Stadtplanung und Umwelt erörtert werden sollen, wobei die menschliche Autonomie[4] berücksichtigt, der Mensch in den Mittelpunkt gestellt und möglichst eine Änderung kollektiver Verhaltensweisen herbeigeführt werden soll, mit dem Ziel sichererer, saubererer und „kollektiv“ widerstandsfähigerer und kooperativer Gesellschaften.

Kontext

Die jüngsten nicht vorhersehbaren Bedrohungen für unsere gemeinsame Sicherheit und unsere öffentlichen Güter, auch für die öffentliche Gesundheit, etwa die COVID-19-Pandemie, die zunehmenden Aktivitäten des digitalen Terrorismus auf einer individuellen Ebene und die russische Invasion in die Ukraine, haben gezeigt, dass unsere Gesellschaften nicht so sicher sind, wie wir dachten. Vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe, mit der wir alle konfrontiert sind, den demografischen Prognosen und den Spannungen infolge der zunehmenden Wasserknappheit, von der die weltweit am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen betroffen sind, stehen wir vor beispiellosen Bedrohungen, denen ein klarer Appell zum Handeln folgen sollte.

Die Analyse zeigt deutlich, dass jede Prognose für die globalen Gesellschaften in den kommenden Jahrzehnten stark von den sich abzeichnenden Tendenzen der zunehmenden Digitalisierung unserer Gemeinschaften und Wirtschaften beeinflusst wird. Dies schließt die zunehmende weltweite Bedeutung des Globalen Südens und die entscheidende Rolle der Zusammenarbeit unter europäischer Führung mit ein[5].

Vorteile und Bedrohungen

Während die Vor- und Nachteile der digitalen Beobachtung und Steuerung auf der Grundlage zentraler und dezentraler digitaler Netze nach wie vor mit vielen Unsicherheiten behaftet sind, die umfassende technische und politische Debatten erfordern, ist der Einsatz fortschrittlicher Rechensysteme zusammen mit dezentralen digitalen Netzen und der Blockchain-Kontrolle nur teilweise vor Verzerrungen gefeit. Blockchain-Algorithmen schaffen Anreize und bevorzugen letztlich Teilnehmer, die Zugang zu mehr Knotenpunkten haben, d. h. also die aktivsten Teilnehmer. Künstliche Intelligenz (KI) kann dazu beitragen, Informationsflüsse zu modellieren und kritische Nutzungsmuster verschiedener Teilnehmer zu erkennen. Solche Verfahren können dann Input für die Festlegung der Parameter liefern, die das Verhalten von Blockchain-Algorithmen steuern.

Der massenhafte Einsatz von KI-gestützten Innovationen wirft jedoch auch zusätzliche Fragen auf, denn durch die Macht der KI, uns dazu zu bringen, so zu handeln, wie sie es vorhersagt, werden unsere Möglichkeiten, die Zukunft zu beeinflussen, geschmälert.[6] Indem KI-Systeme unser Verhalten prognostizieren, können sie es letztendlich verändern. Infolgedessen muss die menschliche Schwarmweisheit gestärkt werden, sodass aufkommende Regulierungsfragen für ein zunehmend digitales Zeitalter dazu beitragen, kritische Ansätze gegenüber KI, samt eindeutiger Rechenschaftspflicht und Klarheit in Bezug auf Grenzen und Zweck, sowie Verantwortung[7] zu fördern. Dazu ist es erforderlich, das technozentrische Narrativ des Fortschritts zu überdenken, Ungewissheit zu akzeptieren und zu nutzen und die Vorstellung einer Kontrolle über die Natur und das Trugbild einer technozentrischen Dominanz von KI-gestützten Innovationen aufzugeben[8].

Das Problem liegt auf der Hand, denn es führt zu Spannungen zwischen den Entwicklern/Förderern und der von Menschen geleiteten Politikgestaltung, die durch Verhandlungen über Kompromisse geprägt sein muss.

Erforderlich ist vor allem ein transdisziplinärer Ansatz in Bezug auf kollektive Verhaltensweisen[9] und die Berücksichtigung der „menschlichen Autonomie“ in Wirtschaft, Philosophie, Recht, Wissenschaft, Technologie, Geschichte und Soziologie, um alle notwendigen Aspekte eines aufkommenden dezentralen digitalen Zeitalters und KI-gestützter Innovationen einzukalkulieren.

Politische Debatte

Nach Joseph Henrich (2016)[10] wissen wir unter anderem, dass unser kollektives Gehirn aus der Synthese unserer kulturellen und sozialen Natur resultiert und dass größere und stärker vernetzte Gesellschaften mehr „Know-how“ erzeugen.

Der Beweggrund für diese Diskussion ist auch der Umstand, dass die Klimakrise die wahrscheinlich größte Herausforderung darstellt, vor der die Menschheit steht. Das Übereinkommen von Paris ist vielleicht das einflussreichste im 21. Jahrhundert[11] abgeschlossene Übereinkommen im Gesundheitsbereich, jedoch gibt es keine nachhaltige Entwicklung, wenn nicht die Rechte aller Menschen garantiert werden. Bei künftigen Maßnahmen muss der Zusammenhang zwischen den Indikatoren für den „ökologischen Fußabdruck“ und den Indikatoren für den „sozialen Fußabdruck“ (d. h. Armut, Ungleichheit und Verletzung der Grundrechte) berücksichtigt werden.

Letzteres bedeutet Wandel und die Entwicklung grüner/blauer Volkswirtschaften und gesünderer Gesellschaften. Es bedeutet, dass wir unsere täglichen Routinen und Arbeitsgewohnheiten sowie unsere Städte, den Verkehr, die Landwirtschaft und die Industrie so verändern müssen, dass ein Gleichgewicht zwischen dem in die Atmosphäre ausgestoßenen und dem ihr entzogenen Kohlenstoff erreicht wird. Dieses Gleichgewicht – oder CO₂-Neutralität – wird eintreten, wenn die Menge an Kohlenstoff, die wir in die Atmosphäre ausstoßen, nicht größer ist als die Menge, die entzogen wird.

Indem wir die digitale Beobachtung und Steuerung schwerpunktmäßig auf unsere neu entstehenden kollektiven Verhaltensweisen ausrichten, werden wir die Nachhaltigkeit der Bevölkerung und gleichzeitig ihr Recht auf Entwicklung gewährleisten. Dieses Konzept nennt sich „digitaler Humanismus“ und geht mit einem interdisziplinären Ansatz gegenüber digitalen Zwillingen einher, sodass ein gesünderes Leben und die Entwicklung nachhaltiger und intakter Gebiete begünstigt werden.

Das Verständnis des technologischen Wandels als ein gemeinsames öffentliches Gut wird es den Bürgern ermöglichen, ein integraler Bestandteil künftiger Entwicklungen zu sein. Dies wird den politischen Entscheidungsträgern helfen, besser zu verstehen, wie digitale Beobachtungsstellen genutzt werden können, um öffentliche Dienste noch effizienter zu gestalten, indem nahtlose Dienste bereitgestellt werden, die digitale Bürokratie abgebaut und den Bürgern ihr wertvollstes Gut, nämlich ihre Zeit, zurückgegeben wird. Darüber hinaus wird dieser Wandel neue politische Optionen vorantreiben, um die Verwaltung und Regulierung dezentraler digitaler Netze, einschließlich solcher im öffentlichen Sektor, zu verbessern, hohe Verhaltensstandards in allen Bereichen der Praxis des öffentlichen Sektors etablieren, die Effizienz des öffentlichen Sektors fördern und den Nutzern bessere Dienste anbieten.

[1] Zentrum für Innovation, Technologie und Politikforschung, IN+ @ IS Tecnico, Universität Lissabon; ehemaliger portugiesischer Minister für Wissenschaft, Technologie und Hochschulbildung (2015-2022); ehemaliger portugiesischer Staatssekretär für Wissenschaft, Technologie und Hochschulbildung (2005-2011).

[2] Barcelona Supercomputing Centre, BSC-CNS; Universität de les Illes Balears (UIB); ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments (Spanien).

[3] Einzelheiten dazu siehe: <https://www.cienciaviva.pt/gagoconf/6th-edition>.

[4] Siehe Einzelheiten und Definition im UNDP (2022), <https://hdr.undp.org/content/human-development-report-2021-22>.

[5] Siehe die Plattform K4P Alliances, <https://k4palliances.com/>.

[6] Helga Nowotny (2021), „In AI we Trust: power, Illusion and Control of predictive algorithms“, Polity Books.

[7] Thelisson, E., Morin, J.-H., Rochel, J. (2019), „AI Governance: digital responsibility as a building block“, 2 DELPHI 167.

[8] Karamjit S. Gill (2022), Buchrezension, „Nowotny 2021: In AI we trust“, AI& Society, Januar 2021.

[9] Siehe beispielsweise die Arbeit von Bak-Coleman u. a. (2021), „Stewardship of global collective behavior“, Proceedings of the National Academy of Sciences, 21. Juni 2021.

[10] J. Henrich (2016), „The secret of our success: how culture is driving human evolution, domesticating our species, and making us smarter“, Princeton University Press.

[11] WHO (2021).

*Manuel Heitor E
Teresa Riera Madurell*

DIGITALE ZWILLINGE

Der Begriff „Digitaler Zwilling“ kann definiert werden als laufend dazulernende Kopie von Anlagen, Systemen und Prozessen der realen Welt, die Abfragen im Hinblick auf spezifische Ergebnisse unterzogen werden kann[1]. Seit den 1960er-Jahren wurde bei der NASA mit digitalen Duplikaten von Systemen gearbeitet. Eine der ersten Anwendungen dieses Konzepts war eine Modellierung von Apollo 13, mit der darauf abgezielt wurde, das Versagen von Apollo-Missionen zu verhindern. Die weitere Konkretisierung des Konzepts erfolgte 2003 in den Arbeiten von Michael Grieves und Joan Vickers bei der NASA[2]. Im Jahr 2012 wurde das Konzept „Digitaler Zwilling“ bei der NASA neu definiert als integrierte, multiphysikalische, multiskalare, stochastische Simulation eines Systems, die das Verhalten und den Zustand des betreffenden physischen Objekts auf der Grundlage historischer Daten, einer physikalischen Modellierung und von Echtzeit-Sensoren umfassend widerspiegelt.

Seither hat das Konzept „Digitaler Zwilling“ sich weit verbreitet, allerdings mit unterschiedlichen Ansätzen und Auslegungen. Diese unterschiedlichen Auslegungen reichen von der Nachbildung der gesamten Funktionsweise eines physischen Objekts, einschließlich der Fähigkeit, es mithilfe des digitalen Zwillings zu beeinflussen, bis hin zu einem breiteren Ansatz, bei dem die Fähigkeit im Vordergrund steht, den künftigen Zustand eines (komplexen) Systems mithilfe KI-basierter Verfahren und Simulationen zu prognostizieren. Bei digitalen Zwillingen werden sowohl Daten aus der realen Welt – einschließlich physikalischer Eigenschaften und Verhaltenscharakteristika – als auch künstlich erzeugte Daten eingesetzt, um ein wirklichkeitsgetreues, simuliertes Modell einer Umgebung, eines Objekts oder einer Person zu erstellen, an dem Szenarios erprobt werden können und das untersucht werden kann, beispielsweise in der Präzisionsmedizin oder im Bereich Smart Cities. In Kombination mit KI können an digitalen Zwillingen „Was wäre wenn?“-Szenarien durchgespielt werden, um anhand der verfügbaren Daten Vorhersagen zu treffen.

Heute ist ein digitaler Zwilling eine KI-basierte virtuelle Nachbildung der Eigenschaften und der Reaktionen einer physischen Einheit, die dazu eingesetzt wird, das Verhalten dieser physischen Einheit zu untersuchen und vorherzusagen, ohne Experimente am tatsächlichen Objekt durchzuführen. Allgemein gilt: Wenn ein digitaler Zwilling sich auf ein konkretes physisches Objekt bezieht, muss die Abbildung möglichst präzise sein.

Ein außergewöhnliches Beispiel für den ambitionierten Einsatz und die wissenschaftliche Bedeutung dieser Technologie ist das EU-Projekt Digital Twin Ocean (DTO), in dem ein digitaler Zwilling des Ozeans erstellt wird. Mit DTO wird darauf abgezielt, einheitliche, hochauflösende und multidimensionale Beschreibungen des Ozeans zu erzeugen. Das umfasst u. a. die physikalischen, chemischen, biologischen, sozioökologischen und wirtschaftlichen Dimensionen des Ozeans, wobei die Prognosezeiträume von einzelnen Jahreszeiten bis hin zu mehreren Jahrzehnten reichen[3].

Wenn ein digitaler Zwilling sich dagegen auf umfassendere Systeme – wie etwa sozioökonomische Systeme (beispielsweise Smart Cities) oder menschliche Interaktionen – bezieht, dann steht eher die Projektion und die Simulation im Vordergrund. Sofern zur Erstellung derartiger Systeme die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger erforderlich ist, werden möglicherweise in sehr großem Umfang sensible personenbezogene Daten verwendet, um möglichst detaillierte digitale Zwillinge zu erzeugen, wobei sich Probleme im Zusammenhang mit der Datenschutz-Grundverordnung ergeben können, sodass bei der Konzeption und Umsetzung verantwortungsbewusst vorgegangen werden muss. Somit zählen der Schutz der Privatsphäre und der Schutz personenbezogener Daten zu den wesentlichen ethischen Fragen im Zusammenhang mit digitalen Zwillingen.

Es wird erwartet, dass digitale Zwillinge, das Internet der Dinge, 5G und Edge-Computing entscheidende Technologien auf den industriellen Märkten des nächsten Jahrzehnts sein werden (Industrie 4.0), die erhebliche Verbesserungen bei der Gestaltung und beim Betrieb komplexer Systeme ermöglichen werden. Durch den Einsatz digitaler Zwillinge lassen sich zahlreiche Vorteile erzielen, wie etwa schnellere Risikobewertung, kürzere Produktionszeit, gesteigerte Effizienz, vorausschauende Instandhaltung, Fernüberwachung in Echtzeit sowie bessere Zusammenarbeit im Team. Die Europäische Union investiert, um KMU dabei zu unterstützen, wenn es darum geht, digitale Zwillinge einzuführen, um die Fertigungsprozesse zu rationalisieren, Vorhersagen im Hinblick auf das zu erwartende Versagen von Maschinen zu treffen und die erforderliche Instandhaltung zu prognostizieren[4].

Im Jahr 2011 erschien im Wall Street Journal ein wegweisender Artikel von Marc Andreessen mit dem Titel „Software is eating the World“ (Software frisst die Welt auf).[5] Mittlerweile ist es – wie man ohne Übertreibung sagen kann – so weit, dass Künstliche Intelligenz (KI) die Software auffrisst. Heute führen KI und digitale Zwillinge zu einer Transformation der Software-Entwicklung und -Erprobung. Digitale Zwillinge, die durch KI-basierte Technologien unterfüttert werden, können ein wertvolles Instrument für Entscheidungsträgerinnen und -träger sein, um für schnellere und bessere Entscheidungen zu sorgen und Abläufe zu optimieren. Digitale Zwillinge leisten einen wichtigen Beitrag bei der virtuellen Erprobung neuer Technologien, bei der Simulation von Verhalten, bei der Verringerung von Risiken und bei der Steigerung der Investitionsrendite in zahlreichen Branchen und in der Stadtplanung. So arbeiten beispielsweise Barcelona und Bologna zusammen, um Urban Digital Twins der beiden Städte zu erstellen[6]. Auch Helsinki, die Metropolregion Rennes und Rotterdam verfolgen Pläne zur Erstellung digitaler Zwillinge[7].

Der EU-weite Marktanteil von Digital-Twin-Aktivitäten belief sich im Jahr 2019 Schätzungen zufolge auf 900 Mio. EUR, wobei für den Zeitraum 2020 bis 2026 mit einem lukrativen Wachstum von insgesamt mehr als 30 % pro Jahr gerechnet wird, sodass der Marktanteil dann voraussichtlich bei mehr als 8,1 Mrd. EUR liegen wird[8]. Die Europäische Union setzt sich mit verschiedenen Initiativen aktiv für die Einführung von Digital-Twin-Technologien ein. Mit dem Programm „Digitales Europa“[9] soll die Erstellung digitaler Zwillinge von Städten und Gemeinden (Local Digital Twins) in den kommenden Jahren durch die Bereitstellung von Finanzmitteln und die Schaffung der Rechtsgrundlagen für ihre Umsetzung unterstützt werden.

[1] <https://www.digitalurbantwins.com>

[2]https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-319-38756-7_4 [3]https://research-and-innovation.ec.europa.eu/funding/funding-opportunities/funding-programmes-and-open-calls/horizon-europe/eu-missions-horizon-europe/restore-our-ocean-and-waters/european-digital-twin-ocean-european-dto_en

[4] <https://digitbrain.eu>

[5]<https://www.wsj.com/articles/SB10001424053111903480904576512250915629460>

[6]https://www.barcelona.cat/infobarcelona/en/tema/city-council/agreement-with-bologna-to-develop-urban-digital-twins_1193911.html

[7]<https://eurocities.eu/latest/ctrlaldelete-borders/>

[8]<https://www.ashvin.eu/2022/04/15/the-digital-twins-market-an-overview/>

[9]<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/activities/work-programmes-digital>

Ulises Cortes

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (KI) - MEHR ALS NUR EIN HYPE: INNOVATION UND SOZIALE VERANTWORTUNG INS GLEICHGEWICHT BRINGEN

Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) haben in den Medien und der breiten Öffentlichkeit großes Interesse geweckt. Mithilfe von KI-Methoden können Maschinen fühlen, klassifizieren, analysieren, Schlüsse ziehen, handeln und vor allem aus früheren Daten und Erfahrungen lernen. KI kann Texte erstellen, Kunstwerke schaffen, komplexe Entscheidungen treffen und immer öfter Aufgaben erledigen, die zuvor nur von Menschen ausgeführt werden konnten. Wenn wir lesen, wie KI in den Medien dargestellt wird, könnte man meinen, dass es sich um Magie handelt, die in der Lage ist, jedes Problem zu lösen, mit dem die Menschheit jemals konfrontiert war. KI ist jedoch nicht magisch, KI ist ein Artefakt, ein entwickeltes System. Hinter der künstlichen Intelligenz stehen Menschen, sie kommt nicht aus dem Nichts und sie ist nicht in der Lage, ihren eigenen Zweck zu bestimmen.

Da KI-Systeme zunehmend im Alltag präsent und der Öffentlichkeit zugänglich sind, ist es wichtig, die sozialen, rechtlichen und ethischen Auswirkungen dieser Systeme zu verstehen. Wann sollte ein KI-System zum Einsatz kommen, und wer sollte diese Entscheidung treffen? Was bedeutet es, wenn ein KI-System eine Entscheidung trifft? Welche moralischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Folgen haben die Handlungen und Entscheidungen solcher Systeme? Wer sollte für Entscheidungen eines KI-Systems zur Rechenschaft gezogen werden? Wie können diese Systeme kontrolliert werden, sobald ihre Lernfähigkeit sie in einen Zustand versetzt, der möglicherweise nur noch wenig mit ihrer ursprünglichen, vorgesehenen Konfiguration gemein hat?

Um sicherzustellen, dass KI-Anwendungen zum Nutzen der Menschheit und zur Verbesserung des Wohlergehens und der ökologischen Nachhaltigkeit eingesetzt werden, müssen KI-Systeme in einer Weise eingeführt werden, der man Vertrauen schenken kann und bei der die Menschen- und Bürgerrechte geachtet werden. Das heißt, dass wir außer dem Beitrag von KI-Anwendungen zur Wirtschaft und ihrer technologischen Innovativität ihre ethischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen müssen. Die derzeitigen Bemühungen um ihre Regulierung, insbesondere auf Ebene der Europäischen Union, sind nur eine der Möglichkeiten, um diese Herausforderung anzugehen. Es ist wichtig, sich klar zu machen, dass Regulierung allein nicht ausreichen wird und dass eine falsch ausgerichtete Regulierung möglicherweise schlechter ist als gar keine.

Erstens muss man sich bewusst sein, dass KI-Systeme nicht in einem Vakuum existieren, sondern immer in einem soziotechnischen, organisatorischen Kontext eingeführt werden, in dem es bereits Vorschriften, Regeln und Verfahren gibt, die für die Entwicklung und Nutzung von KI gelten können und sollten. Das heißt, dass die Entwicklung und der Einsatz von KI bereits einer Regulierung unterliegen. Zweitens ist die Behauptung, dass Regulierung Innovation entgegensteht, sowohl für Innovation als auch für die Regulierung tödlich. Innovation ist nämlich kein Wettlauf, sondern eine Chance zur Erkundung. Es gibt keine Frist und es gibt kein Ziel. Regulierung, Ethik und Verantwortlichkeit sind keine Innovationshindernisse, sondern Verkehrszeichen oder Markierungen, die die Richtung vorgeben. Damit dies so ist, müssen Regulierungsstellen, Entwickler, Nutzer und die Betroffenen bei der Gestaltung der Vorschriften jedoch zusammenarbeiten. Kreativität ist notwendig, damit Innovation stattfindet und damit bessere Algorithmen und das Treffen präziser Entscheidungen zusammengebracht werden, aber auf faire, inklusive und nachhaltige Weise, wirksam, aber erklärbar, präzise, aber nachhaltig.

Bei vielen dieser Fragen handelt es sich nicht um technische Fragen, die durch Berechnungen gelöst werden könnten. Als ein wissenschaftlicher Bereich ist KI von Haus aus multidisziplinärer Natur. Innovation setzt voraus, dass alle Disziplinen, alle Gruppen und alle Unterschiede berücksichtigt werden. Regulierung kann das Sprungbrett hierfür bilden.

Inwieweit unsere Gesellschaft und unsere Systeme in der Lage sein werden, mit diesen Fragen umzugehen, wird zu einem großen Teil unser Vertrauen und letztlich die Auswirkungen der KI auf unsere Gesellschaft und die Existenz der KI selbst bestimmen. Der digitale Wandel und insbesondere der Einsatz von KI stellen den Sozialvertrag in Frage und bieten sowohl Risiken als auch Chancen für die Demokratie. Es stellt sich nicht die Frage, ob KI uns kontrolliert, sondern wer KI nutzt, um uns zu kontrollieren und zu beeinflussen. Das derzeitige Ideal der Demokratie beruht auf dem Recht des Einzelnen auf Selbstbestimmung. KI wirkt sich auf die Selbstbestimmung der Menschen und damit potenziell auf den demokratischen Prozess aus. Zum Guten oder zum Schlechten. Einerseits wird es immer schwieriger, demokratische Institutionen zu kennen und ihnen zu vertrauen, da Informationsmanipulation, Bots und algorithmische Filter das Bild der Gesellschaft zunehmend verzerren, das in den digitalen Medien vermittelt wird. Andererseits kann KI die Bürger stärken und die demokratische Rechenschaftspflicht stärken. Wenn das Potenzial des digitalen Wandels als einer treibenden Kraft für das globale demokratische Wohl genutzt werden soll, sind hierfür strategische politische Maßnahmen erforderlich.

Und nicht zuletzt ist eine umfassende Aus- und Weiterbildung eine grundlegende Voraussetzung für die vertrauenswürdige Entwicklung und Nutzung von KI. Eine verantwortliche künstliche Intelligenz besteht nicht nur in der Entwicklung vertrauenswürdiger Systeme, sondern auch darin sicherzustellen, dass wir uns sowohl selbst als auch einander dahingehend vertrauen können, dass wir diese Systeme verantwortungsvoll nutzen.

Prof. Dr. Virginia Dignum

Professorin für verantwortliche künstliche Intelligenz, Universität Umeå

BIG DIGITAL TWINS – DIE UNHEIMLICHEN DIGITALEN ZWILLINGE

Der jüngst in Erscheinung getretene Neuankömmling ist anders als seine Vorgänger. Er/sie/es – was auch immer einem Zwilling am besten gerecht wird – ist sowohl charmant als auch hinterlistig, da „er“ uns glauben macht, uns zu ähneln. Charmant, wenn er uns gefallen will. Hinterlistig, wenn er lügt und täuscht, genau wie wir es tun. Vor seiner Ankunft dachten wir, unsere digitalen Zwillinge zu kennen: Lagerstätten für Gewebe, DNA oder spezielle Zellen für Eingriffe, die ansonsten nicht möglich wären; Simulationsmodelle eines „was wäre wenn“ eine geplante Stadtautobahn nicht gebaut wird, da die Proteste der Letzten Generation zu aufdringlich geworden sind, um sie zu ignorieren. Vieles sind Simulationen in komplexen Systemen, wie etwa die Verfolgung eines sich bildenden Verkehrsstaus in Echtzeit oder eines sich nähernden Orkans, um uns vor einer möglichen Gefahr zu warnen. Wie ich in meinem Buch zeige, schaffen wir eine digitale Spiegelwelt, die von digitalen Zwillingen bevölkert wird. Satelliten, Sensoren und Kameras über und unter der Erde, am Himmel und unter der Meeresoberfläche liefern nützliche Daten zur Überwachung sich verschlechternder Umweltbedingungen oder verbotener Bergbauaktivitäten. Sie ermöglichen die (verbotene) Gesichtserkennung oder die medizinische Diagnostik und können Lieferketten modellieren, um zu ergründen, wie sich Unterbrechungen verhindern lassen.

Der Neuankömmling ist ein digitaler Zwilling, allerdings unterscheidet er sich von denen, die es schon gibt. Er ist ein unheimlicher digitaler Zwilling, der uns glauben machen soll, dass wir uns mit einem anderen Menschen unterhalten. Er antwortet mit Wörtern, aneinandergereiht in einer probabilistischen Abfolge, die semantisch und syntaktisch korrekt ist, von der er aber nicht weiß, ob sie „richtig“ oder „falsch“ ist und ob sie überhaupt Sinn ergibt. Basierend auf unzähligen, dem Internet entnommenen Texten und Bildern und einer innovativen Kombination aus unüberwachtem Training und verstärkendem Lernen, moduliert durch Millionen von Parametern unterschiedlicher Schreibstile und Tonfälle, schafft der digitale Zwilling die Illusion eines Gesprächs mit einem Menschen. Seine Leistungsfähigkeit überrascht Experten immer wieder. Seine Anfälligkeit für Fehler und „Halluzinationen“ sorgt bei der Öffentlichkeit und bei Politikern für große Bedenken. Sein Potenzial zur künftigen Erzielung von Gewinnen führt zu einem harten Wettkampf ganz nach dem Motto „Move Fast and Break Things“. Der digitale Zwilling ist nicht mehr allein. Es gibt inzwischen eine ganze Reihe von ihnen, die in die Wirtschaft, in unseren Alltag und in das sozio-politische Leben eindringen.

Einige Bedenken sind hinlänglich bekannt: die Möglichkeit von Arbeitsplatzverlusten, wobei diesmal Fachkräfte und die Mittelschicht betroffen sind; der Mangel an Transparenz, da die großen Unternehmen das Wissen, wo ihre Daten herkommen und welche Algorithmen sie einsetzen, eifersüchtig hüten; die Furcht vor Überwachung und vor Missbrauch für kriminelle Zwecke; Zunahme von Voreingenommenheit und Diskriminierung. Diesmal steht mehr auf dem Spiel. Nicht, was uns die Unterzeichner des offenen Briefes glauben machen wollen, nämlich, dass „noch leistungsstärkere Intelligenzen, die niemand kontrollieren kann“ die Macht übernehmen. Vielmehr ist mehr Transparenz und ein öffentlicher Diskurs über die wirklichen Gefahren nötig. Denn digitale Zwillinge sind in den Händen derjenigen, die sie zu nutzen wissen, machtvolle Verbündete. Sie können große Desinformationskampagnen in Gang setzen, einzelne Profile gezielt ansprechen und die Emotionen hervorrufen, die ihren Zielen dienen. Die Produktion von Fake News, Scams oder maßgeschneiderter Malware kann automatisiert und im großen Stil erfolgen.

Natürlich haben die digitalen Zwillinge auch Vorteile, welche von Produktivitätssteigerungen für Unternehmen über die zwangsläufige Überarbeitung und Neufestlegung der Funktionsweise unseres Bildungssystems bis hin zu Möglichkeiten der Neugestaltung des Gesundheitssystems durch die Nutzung hochwertiger Diagnostik und die Verknüpfung von Gesundheitsdaten zur Erzielung besserer therapeutischer Ergebnisse reichen. Sie werfen neue und faszinierende Fragen zu den menschlichen kognitiven Fähigkeiten auf, wenn etwa ein digitaler Zwilling rechnet wie ein guter Mathematiker, dafür aber Methoden verwendet, die menschlichen Mathematikern unbekannt sind.

Das größte Risiko stellt die Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen einiger weniger Großunternehmen dar. Dies führt zu einem besorgniserregenden Ungleichgewicht bei demokratischen Prozessen und Institutionen und zur Erosion des öffentlichen Raums. Die zunehmenden Möglichkeiten digitaler Plattformen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, zu manipulieren und zu polarisieren stellt eine ernsthafte Bedrohung für offene demokratische Gesellschaften dar. Der intensive Wettbewerb der Tech-Riesen um Marktanteile führt zu mehr privaten Investitionen – öffentliche Investitionen können hier nicht mehr mithalten. Wissenschaftliche Einrichtungen geraten immer mehr ins Abseits, wenn es um Mittel, Talente und Zugang zu Daten geht. Diese sind für die Überwachung, Verbesserung und Gestaltung eines pluralistischen digitalen Ökosystems wichtig, das den Bürgerinnen und Bürgern eine wirksame Teilhabe an einer offenen demokratischen Gesellschaft ermöglicht.

Die Big Digital Twins – die großen digitalen Zwillinge – , deren Namen und Besitzer Sie jetzt kennen, dürfen nicht einigen wenigen mächtigen Unternehmen überlassen werden. Sie müssen zu einem öffentlichen Gut werden, demokratisch gesteuert werden und allen Menschen zugute kommen.

Dieser Beitrag basiert auf meinem Buch „In AI We Trust. Power, Illusion and Control of Predictive Algorithms“, Polity Press, 2021 und auf der „Stellungnahme der Initiative Digitaler Humanismus zu ChatGPT“, März 2023,

Helga Nowotny